

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Eric Hilringhaus, Berlin.  
Fernsprecher: Ernst Oelshoff 4196/4195



Zeitschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin S B 61, Belle-Alliance-Platz 6  
Druckerschrift: Cepediank

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Berechtigung gestattet. Kündigung spätestens 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anders vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 24. Februar 1930

Friedrich Ebert.

Zu seinem fünften Todestag.

Int. Institut  
Soz. Geschiedenis  
Amsterdam

SPD. Am 28. Februar 1925 starb Friedrich Ebert, ein Vierundfünfzigjähriger. Hätte das Schicksal ihn ein Jahrzehnt früher hingerafft, also auch schon im reifen, entfaltetem Mannesalter von vierundvierzig Jahren, so wäre sein Name den breiten Massen heute alles andere als geläufig. Denn Mitglied des Reichstages und des sozialdemokratischen Parteivorstandes - so wichtig das eine wie das andere Amt sein mag, um seinen Träger für die Zeiten in die Jahrbücher des deutschen Volkes einzuschreiben, langt es doch nicht ganz. Zu seiner wahren Bedeutung kam Ebert also erst durch die Revolution und nach der Revolution, als erster Präsident der deutschen Republik.

Die Geschichte wird sich einmal mit dem Problem dieser Präsidentschaft auseinandersetzen und vor allem prüfen müssen, ob ein Sozialist mit Nutzen überhaupt eines überwiegend bürgerlichen Staatswesens sein kann. Nicht minder wird die Historie prüfen, ob Eberts politische Haltung im Ganzen und im Einzelnen dem entsprach, was die Sozialdemokratie von jedem der Ihren, sei er nun Flugblattverteiler oder Regierungschef, zu verlangen hat. Aber wie dieses Urteil auch ausfällt, in einem hat die Geschichte schon heute gesprochen, bezeugend, dass, auf die geistigen und sittlichen Kräfte hin angesehen, dieser Schneidersohn und Sattlergeselle, dieser Proletarier und Arbeiter, dieser Parteisekretär und Nicht-Akademiker auf dem schwierigsten Posten nicht schlechter bestanden hat als jene, die sozusagen in Hermelin und Purpur zur Welt kommen. Nicht schlechter? Im Gegenteil, besser, weit besser als die meisten der Gekrönten!

Sein Vorgänger allerdings scheint den Vergleich zu leicht zu machen. Denn der sich von Gottes Gnaden Kaiser von Deutschland, König von Preussen, Kurfürst von Brandenburg, Herzog von Pommern, Burggraf von Nürnberg usw. usw. nannte, wirkte auf jedes unbefangene Auge in all seinen Entladungen wie ein wildgewordener Sektreisender, der sich auf einem sehr feuchtfröhlichen Fastnachtsabend eine Krone von Goldpapier auf den Kopf gestülpt hat. Ewig Schein, ewig Talmi, ewig Schnedderengdeng, ewig gesträubter Schnurrbart, ewig ICH - nach diesem falschen Ritter Lohengrin schien es nicht übermäßig schwer, an der Spitze des Staates würdigere Figur zu machen. Aber solche Wertung vergisst Wesentliches. Wilhelm II. war nur solange Staatsoberhaupt, als er von dem süßen Schaum der Macht nippen konnte; da der bittere Bodensatz kam, warf er das Glas fort und rückte hastdunichtgesehn aus. Friedrich Eberts Amtsübernahme aber bedeutete ein Sich-in-die-Bresche-Werfen im vollsten Sinne des Wortes; Als er das Steuerruder ergriff, hatte Deutschland gerade noch für drei Wochen Brotgetreide. Die Blockade der Entente dauerte an. Das deutsche Volk, unterernährt und ausgehungert, war von einem Massensterben bedroht. Gegen die junge Republik tobte die Leidenschaft armer Menschen, die, weil sie im Frieden und im Kriege das Mögliche nicht erhalten hatten, jetzt das Unmögliche begehrten.

An jeder Strassenecke gingen die Maschinengewehre von selber los. Die Zeit war aus den Fugen. Was Ebert damals unternahm, hiess: ein leckes Schiff bei hohem Seegang in den Hafen bringen.

Nein, das Schicksal hatte Ebert wirklich nicht für eine romantische oder äusserlich heroische Glanzrolle bestimmt, er war kein gekrönter Heldentenor, sondern schlicht und einfach nach dem betrügerischen Bankerott der Hohenzollern der Liquidator der deutschen Konkursmasse. Aber er brachte alle Eigenschaften mit, die für diese ebenso schwere wie undankbare Aufgabe vonnöten waren. Von dem ändern, dem mit dem Adlerblick und dem Katerschnurrbart, der uns - hurra! - herrlichen Tagen entgegenzuführen versprach, hat kein Geringerer als Bismarck gesagt, er wolle jeden Tag Geburtstag haben. Von Ebert konnte das genaue Gegenteil gelten: er war ein Mann des Alltags, des Werktags, des Arbeitstags. Nichts Funkelndes, nichts Blendendes, nichts Genialisches bestach an diesem grossen Zivilisten. Der Grundzug seines Wesens hiess Gediegenheit, Standhaftigkeit, Beharrlichkeit, Willenskraft. Er war ein Mann, "kernfest und auf die Dauer", er war, wenn man so sagen darf, ein Genie der Zuverlässigkeit, der menschlichen und bürgerlichen, der demokratischen und nationalen Zuverlässigkeit. Kennzeichnend, wie er den Sozialismus auffasste, der dem einen in erster Reihe Brot, dem zweiten Arbeit, dem dritten Geist sein mag; für Ebert bedeutete Sozialismus zunächst "Ordnung auf höchster Basis".

Die Eigenschaften, die ihn zu seinem schweren Amt befähigten, unterschieden Ebert aber auch von anderen Männern, die die Flut nach dem Krieg zum höchsten Punkt eines Staates emportrug. Da ist in Polen Pilsudski, auch er aus der Welt des Sozialismus kommend: im Grunde ein kühner Abenteurer, ein Kondottiere, der nach der Macht greift, wenn die Stunde günstig scheint. Da ist in der Tschechoslowakei Masaryk, auch er dem Sozialismus nahestehend: ein tiefer Philosoph, der mit wissenschaftlicher Gründlichkeit seine politische Lehre erarbeitet hat und als glückliche Verbindung von Geist und Tat zum sichtbarsten Vertreter seiner Nation erkoren ward. Ebert glich weder dem einen noch dem andern; ihn brachte weder der Säbel noch das Buch hoch. Noch die Summe seiner Eigenschaften machte ihn nicht zu einem jener "Prinzen aus Genieland", die als Übermenschen über das Volk hinausragen, sondern er war ein Stück des Volks, war das Volk selbst. In der Tat, wenn man die guten Eigenschaften von hunderttausend Durchschnittsdeutschen zusammenpressen könnte und wenn es gelänge, durch Verdampfen des Unwesentlichen die Essenz des deutschen Menschen herzustellen, dann hiesse das Ergebnis Friedrich Ebert.

Enthüllt sich derart ein dem Zeitalter der Demokratie voll angepasster, neuer Typ von Staatsoberhaupt, so liegt vielleicht auch hier die wichtigste Bedeutung dieser sozialdemokratischen Präsidentschaft. In sechs schwarzen Jahren der deutschen Geschichte hat Ebert die grosse Probe bestanden, gewiss als Individuum, aber mehr noch für die Klasse, der er entstammte und die ihm alles mitgab. Durch seine Bewährung legte darum die deutsche Arbeiterklasse vor aller Welt die Reifeprüfung zur Führung des Staates mit Erfolg ab.

Hermann Wendel.

-----  
SPD. Dresden, 24. Februar (Eig. Drahtb.)

In einer gemeinsamen Sitzung der Landesinstanzen der SPD Sachsens und der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion wurde am Montag nach längerer Aussprache folgende Entschliessung angenommen:

"Die SPD ist, wie nach der Landtagswahl von 1929, bereit, die Bildung der Regierung zu übernehmen und einen Kandidaten für den Ministerpräsidentenposten vorzuschlagen.

Das Kabinett muss unter der Führung der SPD stehen.

Eine Koalition mit den bürgerlichen Parteien darf nur dann in Frage kommen, wenn über die Erfüllung der von der Sozialdemokratie aufzustellenden Re-

gierungsforderungen Klarheit besteht.

Landesarbeitsausschuss und Vorstand der Landtagsfraktion werden beauftragt auf der Grundlage des im Vorjahre aufgestellten Regierungsprogramms der sächsischen Sozialdemokratie ein Programm für die Bildung der Regierung zu formulieren.

Die Sozialdemokratie ist bereit, in Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei und den Demokraten einzutreten.

Ein bedingungsloser Eintritt in die Regierung wird auf das Entschiedenste abgelehnt.

Entsprechend den Parteibeschlüssen muss in letzter Instanz über eine Regierungsbildung mit den bürgerlichen Parteien ein Landesparteitag entscheiden."

Die sächsischen Demokraten haben sich inzwischen offen für die Bildung der grossen Koalition ausgesprochen. In ihrer Entschliessung heisst es: "Angesichts der politischen Kräfteverhältnisse im Landtag gibt nur die grosse Koalition eine gesicherte parlamentarische Grundlage für eine arbeitsfähige Regierung!

Demgegenüber hat sich die Volkspartei zur Frage der grossen Koalition, bisher völlig ablehnend gezeigt.

+ + +

In dem von der sächsischen Sozialdemokratie im Vorjahr aufgestellten Mindestprogramm zur Regierungsbildung wird im wesentlichen gefordert :

Umgestaltung der Grund- und Gewerbesteuer Gesetze nach folgenden Gesichtspunkten: Schonung der kleinen Gewerbebetriebe und des kleinen Hausbesitzes. Stärkere Belastung der hohen Betriebs- und Bodenerträge. Erhebung der Grundsteuer nach der Einheitswerterhöhung. Erhebung einer Baulandsteuer. Aufhebung der Verkoppelung der Zuschläge zur Gewerbe- und Grundsteuer. Ablehnung finanzieller Sonderzuwendungen an die Kirche.

Bekämpfung der Erwerbslosigkeit durch Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten. Erhöhung der Mittel zur wertschaffenden Erwerbslosenfürsorge. Durchführung eines Arbeitsbeschaffungsbauprogramms. Strenge Beachtung der tariflichen Arbeitsbedingungen in den Staatsbetrieben. Einführung des Achtstundentages in den staatlichen Betrieben und Anstalten. Wahrnehmung der Arbeitnehmerinteressen bei Betriebsstillegungen. Ausbau des Arbeiterschutzes, besonders bei Bau- und Bergarbeitern. Erhöhter Schutz für Jugendliche, Frauen und Heimarbeiter.

Bereitstellung ausreichender Mittel zur Durchführung des sächsischen Wohlfahrtspflegegesetzes. Verbesserung des Hebammenwesens. Soziale Ausgestaltung der Kliniken, der Erziehungs-, Heil- und Pflegeanstalten. Bereitstellung grosserer Mittel für die Schulkinderspeisungen. Ausbau der Jugendfürsorge.

Bereitstellung grösserer Mittel für den Wohnungsbau. Aufrechterhaltung des Bodensperrgesetzes. Bekämpfung der Grund- und Bodenspekulation. Erhaltung und Ausbau des Mieterschutzes. Beseitigung der Lockerungsverordnung.

Anderung der Gemeindeordnung, vor allem Einführung des Beschlussrechts der Gemeindeverordneten in allen Gemeindeangelegenheiten, Durchführung des Einkammersystems, Beschränkung der Staatsaufsicht, Angleichung der Gesetzgebung über die Bezirksverbände an die Gemeindeordnung. Neuorganisation und Vereinfachung der Verwaltung, insbesondere durch Beseitigung der Kreishauptmannschaften, Kommunalisierung und Neuabgrenzung der Amtshauptmannschaften, Zusammenlegung der Gemeinden, Neuorganisation der Ministerien nach sozialen und sachlichen Notwendigkeiten, insbesondere Erhaltung und Ausbau des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums. Entmilitarisierung der Polizei. Umgestaltung der Rechtspflege nach sozialen Gesichtspunkten. Humane Gestaltung des Strafvollzugs. Ausbau der Fürsorge für Straftentlassene. Soziale Ausübung des Gnadenrechts. Besetzung von Verwaltungs-, Polizei-, Richter- und Staatsanwaltsstellen mit zuverlässigen Republikanern.

Durchführung des Übergangs- und Schulbedarfsgesetzes, Schaffung eines Berufsschulgesetzes. Unterstellung aller Schul- und Bildungseinrichtungen unter das Bildungsministerium. Organischer Aufbau des gesamten Bildungs- und Schulwesens vom Kindergarten bis zur Hochschule auf weltlicher Grundlage. Neuord-

nung des höheren Schulwesens und Einflussnahme auf die höheren Schulen und Universitäten, um den akademischen Nachwuchs im republikanischen Sinne zu erheben. Schaffung eines Landesschulbeirates. Neubearbeitung des Landeslehrplanes nach sozialen Gesichtspunkten. Förderung der Leibeskultur.

---

SPD. Die mit dem Weddinger Parteitag der KPD angedrohte Zerschmetterung der Versöhnler ist Tatsache geworden. Der Führer der sog. Versöhnlergruppe, der Reichstagsabgeordnete Artur Ewert hat in einem Brief an seine Parteizentrale löbliche und bedingungslose Unterwerfung angezeigt. Er schwört allen bisherigen von der Linie Thälmanns und Neumanns abweichenden Auffassungen ab, wendet sich scharf gegen Bucharin und die Brandlergruppe, der gegenüber er nunmehr "unversöhnlerisch" sein will und beteuert, dass er künftig keinerlei Fraktions- und Gruppenbildung mitmachen werde. Schliesslich revidiert Ewert noch seine Meinung und Haltung im Skandal Wittorf-Thälmann. Damals setzte Ewert mit seiner Gruppe die Kaltstellung Thälmanns durch, die allerdings auf eine Weisung Stalins sofort wieder aufgehoben werden musste.

Die kommunistische Zentrale betrachtet die Kapitulations- und Reueerklärung Ewerts mit misstrauischen Gefühlen. Die kommunistische Presse erklärt, Ewerts Brief sei keine ausreichende Garantie dafür, dass die Versöhnler tatsächlich den Weg zur Partei gefunden hätten. Die Parteileitung habe den führenden Versöhnlern sowieso eine weitere Existenz nicht mehr gestatten wollen, sondern die Entfernung aus der Partei beabsichtigt. Diesem Hinauswurf, der an seinen Hamburger Fraktionsfreunden schon wahr gemacht wurde, suchte Ewert durch Unterwerfung zuvorzukommen. Ob seine Gesamtgruppe, die letzte innerhalb der KPD noch vorhandene Opposition, diesen Schritt billigt, ist abzuwarten.

---

SPD. Bukarest, 24. Februar (Eig. Drahtb.)

Die vor wenigen Wochen aufgedeckte Spionageaffäre nimmt tagtäglich sersationellere Formen an. Neuerdings ist festgestellt worden, dass der in Haft sitzende Direktor der rumänischen politischen Polizei Tibacu an Russland auch den rumänischen Mobilisierungsplan ausgeliefert hat. Den Kauf dieses Planes vollzog die Berliner Handelsvertretung der Sowjetunion. Sie zahlte dafür 50 000 Mark.

Tibacu erhielt den äusserst umfangreichen Mobilisierungsplan vor ungefähr einem halben Jahr anlässlich der Konzentration grösserer russischer Truppenkontingente an der rumänisch-russischen Dnjestr-Grenze zur Begutachtung. Er galt im Grossen Generalstab als besonders vertrauenswürdig und galt zur Begutachtung insbesondere berufen, weil er aus Bessarabien stammt, die bessarabischen Verhältnisse gut kennt und zeitweise neben mehreren Präfektenposten längere Zeit auch die Leitung der bessarabisch-rumänischen Sicherheitspolizei in Kischinew innehatte. Als Tibacu in den Besitz des Materials gelangt war, fragte er bei der Handelsvertretung der Sowjetunion in Berlin sofort telegraphisch an, ob Russland Interesse für den Aufmarschplan habe und zu welchem Preis die russische Regierung das Dokument evtl. zu kaufen geneigt sei. Das in Geheimschrift gehaltene Original-Telegramm konnte von der Bukarester Kriminalpolizei bei der Zentralpost in Bukarest bereits beschlagnahmt werden. Tibacu selbst figurierte in diesem Telegramm, das auf Staatskosten befördert wurde, als "Agent Odessa 36".

Die Berliner Handelsvertretung der Sowjetunion entsandte in Erwiderung auf das Angebot sofort einen Sonderkurier, der vier Tage nach dem Abgang des Telegramms aus Bukarest in der rumänischen Hauptstadt eintraf und sich sofort von der Bahn aus zu Tibacu begab. Dieser verlangte für den Aufmarschplan zunächst eine Summe von 25 000 Dollar. Man einigte sich schliesslich jedoch auf

die Hälfte. Der Betrag wurde vor der Aushändigung des Mobilisierungsplanes bei einer schweizerischen Bank eingezahlt. Eine Aussage darüber, was mit dem Geld geschehen ist, hat Tibacu bisher verweigert. Im übrigen ist er ge- ständig.

Die Bukarester Polizei hat inzwischen auch sämtliche Telegramme Tibacus gefunden, in denen die Sowjetbehörden von der bevorstehenden Entsendung rumä- nischer Spione nach Russland benachrichtigt wurden. Diese Telegramme enthiel- ten nicht nur eine genaue Beschreibung der jeweiligen Spione, sondern gleich- zeitig auch Zeit und Ort des Grenzübertritts. Die Zahl der auf diese Weise von den Russen festgenommenen rumänischen Spione beziffert sich nach den neue- sten Feststellungen auf 50.

SPD. Ein Teil der demokratischen Presse zerbricht sich wieder einmal den Kopf darüber wie der sozialdemokratische Einfluss auf die preussische Verwal- tung eingedämmt werden kann. Was hat der gleiche Teil der demokratischen Presse nicht, alles angestellt um die Besetzung des preussischen Kultusministeriums durch die Sozialdemokratie unmöglich zu machen? Der Erfolg war, wie die Tat- sachen beweisen, gleich null und wird hoffentlich bei allen anderen Bestrebun- gen von der gleichen Seite gegen die Sozialdemokratie nicht besser sein.

Also was ist los? In den nächsten Tagen wird sich die preussische Staats- regierung mit der Neubesetzung der Oberpräsidien in Cassel und Stettin beschäf- tigen. Ein Teil der demokratischen Presse ist gegen die Neubesetzung und zwar - "aus Gründen der Verwaltungsreform". Solange demokratische Anwärter für die beiden Ämter genannt oder vorübergehend gar in Aussicht genommen waren, hat man von diesen Gründen nichts gehört. Sie stellten sich erst ein, als der preussische Innenminister sich entschlossen zeigte, das eine Amt nicht mehr mit einem Demokraten sondern entsprechend der Zusammensetzung der Bevölke- rung mit einem Sozialdemokraten zu besetzen und bei der Besetzung des zweiten freien Oberpräsidiums ein Arrangement zu treffen, durch das der Sozialdemokra- tie die Besetzung eines weiteren Regierungspräsidiums zufällt. Gewiss auch wir sind Förderer der Verwaltungsreform, wir sehnen sie sogar dringlich herbei und wünschen eine Reform an Haupt und Gliedern. Aber eine Reform wie sie sich ein Teil der demokratischen Presse vorstellt, läuft schliesslich auf ein seltsames Geschäft hinaus, bei dem ausschliesslich die Sozialdemokratie die Kosten trägt. Nein, so haben wir nicht gewettet.

Die Kosten für den ständigen Niedergang der demokratischen Bewegung in Deutschland mag die demokratische Partei nur gefälligst allein bezahlen. Man verschone uns also mit Rezepten wie sie neuerdings wieder von einem Teil der demokratischen Presse erfunden worden sind. Die Verstärkung des Einflusses der Sozialdemokratie auf die preussische innere Verwaltung ist entsprechend ihrer Vertretung im Volk längst fällig und deshalb wird das Oberpräsidium in Cassel und das Regierungspräsidium in Stettin in der Spitze mit Sozialdemokraten besetzt werden.

SPD. Genf, 24. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Zollfriedens-Ausschuss der Wirtschaftskonferenz teilte sich am Montag ebenfalls in drei Unterkommissionen, in denen der Zollfriedensentwurf im ein- zeln durchberaten werden soll. Hilferding wurde zum Berichterstatte der zweiten Unterkommission ernannt.

Aus den Sitzungen der Unterkommissionen, die am Vormittag und Nachmittag stattfanden, ergab sich u.a., dass Holland, Deutschland, Belgien und Frankreich den Standpunkt vertreten, dass eine gemeinsame Wirtschaftsaktion nur möglich ist, wenn die Aussenseiter von dem Meistbegünstigungsrecht, d.h. dem Recht auf



gleiche Behandlung, ausgeschlossen werden. Eine Mehrheit der Konferenz wünscht als Stichtag den 1. Oktober 1929, wodurch die deutsche Regierung gezwungen wird ihre späteren Zollerhöhungen aus Ausnahmen anzumelden. Mit dieser Anmeldung von Ausnahmen steht sie nicht allein, da auch andere Staaten schon jetzt sehr reichliche Vorbehalte und Ausnahmen haben verlauten lassen.

---

SPD. Das Reichskabinettt wird aller Wahrscheinlichkeit nach erst am Donnerstag die Beratungen der Einnahmeseite des Etats vornehmen können und möglicherweise im Laufe des Freitag zu einer Entscheidung gelangen. Erst dann wird man sich ein Bild davon machen können, wie es mit den Möglichkeiten steht, eine Einigung der Regierungsparteien auf dem Boden der Beschlüsse des Kabinetts herbeizuführen.

Diese Hinausschiebung des Termins bedeutet aber auch gleichzeitig eine Hinausschiebung der Erledigung der Younggesetze, da das Zentrum nach wie vor an der vorherigen Entscheidung über das Finanz- und Steuerprogramm festhält. Es kann also keine Rede davon sein, dass, wie man sich ursprünglich gedacht hatte, diese Gesetze bis zum Schluss des laufenden Monats verabschiedet werden. Ausserdem geht auch in dem kombinierten Ausschuss die Debatte über die Vorlagen der Regierung munter weiter. Seit mehreren Tagen wird jetzt schon über das polnische Liquidationsabkommen diskutiert, ohne dass irgend jemand die Behauptung wagen könnte, es würden in den zahlreichen Reden noch neue Gesichtspunkte vorgebracht. Nicht nur von der Opposition, sondern auch von der Volkspartei und besonders vom Zentrum werden immer wieder die bekannten Bedenken erhoben, und gleichzeitig auch immer aufs neue Anregungen zu einer Abtrennung des Liquidationsvertrages von den Younggesetzen gegeben. Wenn der Reichsaussenminister nicht sehr bald eine solche Loslösung kategorisch ablehnt, dann besteht in der Tat die Gefahr, dass die durch nichts gerechtfertigte Quertreiberei zu einem Ergebnis führt. In diesem Falle würde es dahin kommen, dass der Vertrag mit Polen entweder überhaupt scheitert, oder dass er, was selbstverständlich im hohen Masse zu beklagen wäre, nur unter starkem aussenpolitischen Druck zustandekommt.

Da, wie die Dinge liegen, auch mit dem Beginn der zweiten Lesung der Younggesetze in der laufenden Woche nicht mehr zu rechnen ist, wird sich das Parlament in den nächsten Tagen voraussichtlich mit dem Republikenschutzgesetz, der Haushaltsordnung und kleineren Vorlagen beschäftigen. Ob die ganze kommende Woche, wie es ursprünglich vorgesehen war, sitzungsfrei bleibt, ist sehr zweifelhaft. Man darf einstweilen annehmen, dass sich die Pause nur von Sonnabend bis Mittwoch erstreckt.

---

SPD. Paris, 24. Februar (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag tritt der Verwaltungsrat der Internationalen Reparationsbank in Rom zu einer Tagung zusammen. Ihr dürfte von französischer Seite der Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung der Bank von Frankreich, Quesnay, für den Posten des Generaldirektors vorgeschlagen werden.

In Deutschland hat diese Kandidatur umso mehr verstimmt, als durch sie, nach der Besetzung des Vorsitzes im Aufsichtsrat durch Graham (England), die beiden dominierenden Stellen der Bank an die Gläubigermächte fallen, während auf deutscher Seite der berechtigte Wunsch bestand, wenigstens den letzteren der beiden Posten durch eine neutrale Persönlichkeit besetzt zu sehen. Diese Verstimmung soll sich in den letzten Tagen in einer diplomatischen Aktion ausgedrückt haben, die von den zuständigen deutschen Stellen gleichzeitig in allen am Young-Plan interessierten Ländern vorgetragen wurde.

In Pariser politischen Kreisen hat dieser erst im letzten Augenblick er-

folgte Schritt einen ziemlich peinlichen Eindruck hervorgerufen. Der richtige Ort für die Geltendmachung der deutschen Wünsche, so erklärt man in Paris, wäre die Tagung des Organisationsausschusses in Baden-Baden gewesen; damals aber hätten die Vertreter der deutschen Interessen unter Führung von Dr. Schacht nichts von den Dingen vorgebracht, die Deutschland jetzt zum Gegenstand seiner verspäteten Aktion gemacht habe. Nicht ganz mit Unrecht weist man in Paris darauf hin, dass Frankreich keine Schuld treffe, wenn Deutschland sich bei den Vorarbeiten zur Internationalen Reparationsbank durch einen Mann vertreten liess, der sich regelmässig jede Gelegenheit zur Wahrnehmung deutscher Vor- teile hat entgehen lassen, und sich statt dessen in politische Angelegenheiten einmischte, für die er weder die Vollmacht noch die Befähigung aufweisen konnte.

-----

SPD. Hugenberg, Führer einer ruinierten Partei und Erbpächter des Nationalbewusstseins, befindet sich wieder einmal in einer ausserst unangenehmen Lage. Schliesslich ist er einer der Männer, der das von der Oberreichsanwaltschaft gegen die Firma Krupp eingeleitete Landesverratsverfahren mit auf dem Gewissen hat.

Hugenberg war von 1909 bis 1918 Generaldirektor bei Krupp in Essen. Was der Firma Krupp vorgeworfen wird, ist also unter seiner Direktion vorgegangen. Hugenberg muss demnach wissen ob die Landesverräterischen Behauptungen berechtigt sind, ob die Firma Krupp den Feindmächten in die Hände gespielt hat oder nicht. Warum schweigt er dennoch? Es ist jedenfalls an der Zeit, dass der gross "Patriot" sich darüber äussert, ob die Schiebungen mit seiner Zustimmung und seinem Wissen vor sich gegangen sind. Also - wie wäre es Herr Hugenberg ?

+ + +  
Die Firmen Krupp und Thyssen lassen erklären, dass ihnen von der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen sie durch die Oberreichsanwaltschaft nichts bekannt sei. Sie hätten davon erst aus den Zeitungen erfahren.

-----

SPD. London, 24. Februar (Eig. Drahtb.)

Der frühere konservative Ministerpräsident Baldwin wendet sich in der ersten Nummer einer neuen konservativen Zeitschrift in scharfen Worten gegen die von den Zeitungsmagnaten Lord Beaverbrook und Rothermere ins Leben gerufenen neuen Partei.

Baldwin bezeichnet die Schaffung eines Reichszollvereins, die im Mittelpunkt der neuen Parteipolitik stehen soll, als ein Ideal, für das jeder Konservative arbeiten müsse. Als praktische Politik käme der Gedanke jedoch nicht in Betracht, da sich die britischen Dominien auf eindeutige Weise dagegen erklärt hätten. Angesichts dieser einstimmigen Äusserungen der Staatsmänner der Dominien könne keine Partei in England den Gedanken eines Reichszollvereins zum Schlachtruf für die nächsten Wahlen machen. Die Dominien seien entschlossen, auf der Grundlage des Schutzzolles selbst Industrienationen zu werden - eine Tatsache, die schon allein genügen müsse, um die Politik eines Reichszollvereins zusammenbrechen zu lassen. Baldwin betont zum Schluss, dass eine Unterstützung der neuen Partei zu einer Schwächung der konservativen Partei führen müsse, die lediglich den Sozialisten und Liberalen zugute käme.

-----

SPD. Hannover, 24. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Landtag von Schaumburg-Lippe lehnte am Montag in der dritten Lesung den Anschluss an Preussen ab. Für den Anschluss stimmten acht Sozialdemokraten und der Demokrat, dagegen fünf Mitglieder der bürgerlichen Fraktion. Es fehlte eine Stimme an der erforderlichen 2/3 Mehrheit.

In der zweiten Lesung hatte der deutschnationale Bürgermeister Wiehe von Bückeberg für den Anschluss gestimmt. Man hat ihn deswegen in bürgerlichen Kreisen so unter Druck gesetzt, dass er sein Abgeordnetenmandat niederlegen musste. Sein Nachfolger stimmte gegen den Anschluss. Auf der Landtagstribüne sassen während der Abstimmung die beiden Arrangeure der bürgerlichen Gegenaktion, die zwei ehemaligen Prinzen des Hauses Schaumburg-Lippe.

Staatsrat Lorenz erklärte nach der Abstimmung, dass die Regierung schleunigst aus Ersparnisgründen eine Verwaltungsreform durchführen werde. Trotzdem seien aber weitere Steuererhöhungen erforderlich, um den Etat zu balancieren.

-----

SPD. München, 24. Februar (Eig. Drahtb.)

Das offiziöse Organ der bayerischen Volkspartei, die "Bayerische-Volks-partei-Korrespondenz", polemisiert neuerdings gegen die Haltung der preussischen Regierung zum polnischen Liquidationsabkommen. Sie behauptet, wenn auch in Form einer Frage, die preussische Regierung habe ihre Zustimmung zum Polenabkommen davon abhängig gemacht, dass sie von der Reichsregierung Zusicherungen einer Milliardenentschädigung für das durch den Krieg verloren gegangene preussische Staatseigentum erhalte. Diese Zusicherungen seien bereits in vertraglichen Abmachungen festgelegt worden. Bayern müsse sich gegen diese preussische Politik deswegen zur Wehr setzen, weil sie darauf abziele, die Post- und Eisenbahn-Abfindungsfrage mit dem Kriegsentschädigungsanspruch Preussens zu verkuppeln und dadurch auf die lange Bank zu schieben.

-----

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Die politischen Besprechungen zwischen dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Schober und der Deutschen Reichsregierung wurden am Montag in der Reichskanzlei zu Ende geführt. Der Montag-Sitzung waren am Sonntag Einzelbesprechungen wirtschaftspolitischer Art vorangegangen. Auf dieser Grundlage konnte am Montag über den geplanten Handelsvertrag zwischen Österreich und Deutschland eine Einigung über die wichtigsten bisher noch offenen Fragen erzielt werden. Es kann danach mit Bestimmtheit erwartet werden, dass der deutsch-österreichische Handelsvertrag binnen kurzem zum Abschluss gelangen wird. Die noch zu bereinigenden Einzelfragen werden sofort nach Beendigung der Genfer Zollfriedenskonferenz durch die beiden Delegationen erledigt werden.

-----

SPD. Köln, 24. Februar (Eig. Drahtb.)

Auf einer Bezirkstagung des christlichen Metallarbeiterverbandes führte der zweite Verbandsvorsitzende Karl Schmidt (Duisburg) zu der Frage "Was kann zur Milderung der Arbeitslosigkeit geschehen?" aus, es sei hohe Pflicht einer verantwortungsbewussten Gewerkschaftsbewegung zu betonen, dass im Jahre 1930 die Lohnpolitik mit Umsicht betrieben werden müsse. Gewiss brächten die neuen Steuern und Zölle gerade auch für die Arbeiterschaft neue Opfer, aber um der Eindämmung der Arbeitslosigkeit willen müssten alle die weitere Opfer bringen, die noch in Arbeit und Verdienst stehen. Wolle man die Grenzen einer vernünftigen Lohnpolitik durchstossen, dann müsse das schliesslich zum Schaden der Arbeiterschaft ausschlagen. Wer jetzt Lohnerhöhungen wolle, müsse damit rechnen, dass weitere Betriebe schliessen müssten.

Schmidt machte schliesslich keinen Hehl daraus, dass bei den kommenden Lohnbewegungen alles unterbleiben müsse, was in irgend einer Weise zur Verschärfung der Arbeitslosigkeit beitragen könne.

-----



SPD. Paris, 24. Februar (Eig. Drahtb.)

Der erste Kabinettsrat des Ministeriums Chautemps fand am Montag vormittag um zehn Uhr statt. Das Kommuniqué, das mittags herangegeben wurde, besagt lediglich, dass der Kabinettsrat unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Chautemps sämtliche schwebenden aussen- und innenpolitischen Fragen durchberaten hat und der endgültige Text der Regierungserklärung, mit der sich die Regierung vor den beiden Kammern vorstellen wird, am Dienstag vormittag im Laufe des ersten Ministerrates festgelegt werde.

Chautemps selbst äusserte sich beim Verlassen der Kammer ausgesprochen optimistisch über die Chancen seines Kabinetts. Auch in politischen Kreisen rechnet man allgemein mit einer knappen aber sicheren Mehrheit für das Linkskabinettsrat, trotz der unverhohlenen Gehässigkeit, mit der die Reaktion, und besonders ihr gestürzter Halbgott Tardieu ihm gegenüberstehen. Es verlautet, dass Tardieu selbst bei der Interpellationsdebatte am Dienstag das Wort ergreifen, und die erste Attacke gegen seinen Nachfolger reiten wird. Chautemps erklärte, allen Anfeindungen und Intrigen mit "stoischer" Ruhe entgegenzusehen.

SPD. London, 24. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Fortdauer der konservativen Kampagne gegen die Arbeiterregierung wegen ihrer angeblichen Gleichgültigkeit gegen die Religionsverfolgungen in Russland, dauert mit unverminderter Heftigkeit an. Ministerpräsident MacDonal hat sich deshalb am Montag veranlasst gesehen, die Stellungnahme der Regierung in einem Antwortschreiben auf einen an ihn gerichteten Brief zu umreißen.

MacDonal betont, dass die Regierung über die Vorgänge in Russland Besorgnis empfinde, dass jedoch die Hauptschwierigkeit in dem zweifelhaften Charakter der Informationen zu suchen sei. Englische Nachrichten aus Riga müssten grundsätzlich als unglaubwürdig betrachtet werden, solange sie nicht Bestätigung fänden. An Religionsverfolgungen habe es in Russland niemals gefehlt und die jahrzehntelange Atmosphäre der Unterdrückung habe einen engstirnigen und heftigen Geisteszustand in Russland erzeugt. Religiöse Verfolgungen seien für ihn, MacDonal, und seine Kollegen in der Regierung etwas Hassenswertes. Diese Abneigung gegen religiöse Unduldsamkeit liege den Briten im Blut, und die Regierung könne deshalb religiösen Verfolgungen unmöglich gleichgültig gegenüberstehen. Bei der Erwägung der zu ziehenden praktischen Konsequenzen müsse jedoch das Prinzip der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Länder an erster Stelle stehen. Grossbritannien habe Russland anerkannt, weil dies der Allgemeinheit am besten förderlich sei, so schwierige und unangenehme Fragen dies im einzelnen auch aufwerfe.

MacDonal betont dann, dass ein Land durch Achtung der Weltmeinung nicht zugänglich gemacht werde, und dass bereits die heftige Kampagne in England die Haltung der russischen Regierung versteift habe. Die Vorgänge in Grossbritannien böten der russischen Regierung einen Anlass, um das russische Volk davon zu überzeugen, dass alles auf eine Verschwörung der übrigen Nationen für einen gemeinsamen Krieg gegen Sowjetrussland hinauslaufe. England müsse alles vermeiden, was zu einer Verschärfung der Haltung der russischen Regierung gegen die gläubigen Christen führen könne.

Im Unterhaus teilte Henderson auf eine von konservativer Seite an ihn gerichtete Frage mit, dass die Sowjetregierung dem englischen Botschafter in Moskau die erbetenen Informationen über den Stand der religiösen Gesetzgebung in Russland inzwischen geliefert habe.

SPD. Paris, 24. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Führung der französischen Verhandlungsdelegation für die Londoner Flottenkonferenz wird Aussenminister Briand übernehmen. Ministerpräsident Chautemps hat vorläufig nicht die Absicht an der Konferenz teilzunehmen. Falls sich seine Anwesenheit trotzdem als notwendig herausstellen sollte, wird er in einigen Tagen nach London abreisen. Zu der französischen Delegation gehören ferner Marineminister Sarraut, der Kolonialminister Lamoureux und der Generalsekretär im Aussenamt, Philipp Berthelot.

SPD. Leipzig, 24. Februar (Eig. Drahtb.)

Das Reichsgericht beschäftigte sich am Montag mit einem seltsamen Prozess der wegen Beleidigung der Reichswehr angestrengt wurde und in der vorletzten Instanz trotz schwerer Beleidigungen zur Freisprechung des Angeklagten führte.

Als die Reichswehr bei einem Brand in Glatz-Neuland am 5. Juni 1929 die Aufgabe hatte, den Verkehr abzusperren, geriet der Reisende Paul Jung in Streit mit einem Reichswehrsoldaten und beleidigte ihn. Das Schöffengericht verurteilte ihn wegen Beleidigung zu 50 Mark Geldstrafe. In der Hauptverhandlung liess sich der Angeklagte weitere Beleidigungen zuschulden kommen. Er führte in einer Verteidigungsschreiben an das Gericht in der Hauptverhandlung aus, die heutige Reichswehr bestünde zu 50 Prozent aus schwarzer Reichswehr. Er könne wohl einer Mordaus religiösen oder politischen Motiven billigen, aber nicht die Reichswehr die sich den Mord bezahlen lasse. Daraufhin wurde er nochmals wegen Beleidigung zu einem Monat zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Die Berufungsinstanz, das Landgericht Glatz, sprach ihn jedoch frei, weil bei dem Angeklagten eine direkte krankhafte Abneigung gegen die Reichswehr bestehe und er, um sich zu verteidigen, die beleidigenden Ausserungen getan habe. Er habe in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt. Der Staatsanwalt legte Berufung beim Reichsgericht ein. Das Urteil wurde am Montag von dem zweiten Strafsenat aufgehoben und an die vorletzte Instanz zurückverwiesen, da in dem Urteil nicht enthalten sei, ob das Gericht die §§ 185, 186, 187 als erfüllt ansieht. Dann würde § 193 wegfallen.

SPD. Amsterdam, 24. Februar (Eig. Drahtb.)

Der belgische Fischdampfer "Blankenbergh 48" aus Ostende strandete in der Nacht zum Montag in einer Entfernung von sechs Seemeilen westlich von Domburg auf Seeland. Das Schiff ging gegen Morgen unter. Die Besatzung konnte sich in einem Boot retten.

SPD. Der österreichische Bundeskanzler beendete seinen Besuch am Montagabend mit einer kurzen Ansprache vor Vertretern der Berliner Presse über die österreichische Politik. Abends gegen 7 Uhr trat Schober mit dem fahrplanmäßigen Zug die Rückreise nach Wien an.

SPD. Der Angriff in der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz auf die preussische Regierung enthält, wie von amtlicher preussischer Seite mitgeteilt wird, "grobe Unrichtigkeiten" und ist "in einem ganz ungewöhnlichen Tone gehalten".

Sachlich wird zu dem Artikel von preussischer Seite festgestellt: "Preussen sieht ein, dass die Reichsfinanzlage ihm zurzeit die Auszahlung einer ihm

längst zustehenden Entschädigung nicht gestattet. Es weigert sich aber nunmehr, zu dem ihm durch den Krieg entstandenen Verlusten noch neue Zahlungsverpflichtungen an das Reich auf sich zu nehmen, wie sie etwa durch das polnische Liquidationsabkommen entstehen könnten. Preussen hat daher von dem Reich verlangt, und zugesichert bekommen, dass, falls geldliche Ansprüche von irgend einer Seite an Preussen aus den Liquidationsabkommen erhoben werden, das Reich für diese Ansprüche gerade steht."

Dem wird von preussischer Seite hinzugefügt, dass die Angaben der Bayerischen Volkspartei-Korrespondent umso befremdlicher anmuteten, als in der entscheidenden Sitzung des Reichsrats der preussische Stimmführer auf eine private Frage des bayerischen Ministerpräsidenten: "Preussen hat wohl bei dieser Gelegenheit eine Geldentschädigung bekommen?", diesem das vertragliche Abkommen mit dem Reich vorgelegen hat. Danach habe die bayerische Regierung nicht mehr in Unkenntnis darüber sein können, dass Preussen keine Entschädigung erhalten hat sondern sich vor zukünftigen Neuzahlungen schützte.

Das Verfahren der Bayerischen Volkspartei-Korrespondent, hinter dem zweifellos die bayerische Regierung steht, mutet in der Tat höchst sonderbar an und konnte von der preussischen Regierung nicht scharf genug zurückgewiesen werden.

-----

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Dienstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

## Reichstags-Stimmungsbild.

-----

SPD, Berlin, 24. Februar (Eig. Bericht)

Im Reichstag leiteten am Montag die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei wieder einmal einen Vorstoss gegen die Wohnungszwangswirtschaft ein, mit dem Ziele, baldigst die völlige freie Wirtschaft im Wohnungswesen einzuführen.

Anlass dazu gab eine Vorlage des Reichsarbeitsministers auf Verlängerung der Geltungsdauer des Reichsmietengesetzes und des Mieterschutzgesetzes bis zum 30. Juni 1932. Die Wirtschaftspartei und die Deutsche Volkspartei haben Anträge eingebracht, die eine Uebergangsregelung vorschlagen. Es soll nach dem Antrag der Wirtschaftspartei eine normale Miete festgesetzt werden, die sich aus der Grundmiete und zahlreichen Zuschlägen errechnet. Ein ähnlicher Antrag liegt von der Volkspartei vor. Ausserdem haben sowohl die Kommunisten wie die Wirtschaftsparteiler die Aufhebung der Hauszinssteuer beantragt. Ein Beweis dafür, wie vorsichtig man mit dieser Forderung sein muss. Eine Aufhebung der Hauszinssteuer ohne entsprechende Sicherung der Mieter würde nämlich nur ein Inflationsgeschenk an zahlreiche Hausbesitzer sein. Die Kommunisten beantragen ausserdem, dass die gesetzliche Miete um den Betrag der bisher erhobenen Hauszinssteuer zu senken sei. Da sie selbst nicht annehmen, dass ihr Antrag von den bürgerlichen Parteien akzeptiert wird, haben sie einen Eventualantrag eingebracht, das Aufkommen der Hauszinssteuer restlos zur Förderung der Bautätigkeit zu verwenden. Das ist eine Forderung, die die Kommunisten von den Sozialdemokraten abgeschrieben haben. Die Sozialdemokratie beantragte für das Jahr 1931 eine genaue Wohnungszählung vorzunehmen.

Reichsminister Wissell setzte sich mit grosser Entschiedenheit für eine Fortdauer des Reichsmietengesetzes und der Mieterschutzbestimmungen ein. Im Jahre 1927 sind nach seinen Ausführungen in Deutschland eine Million wohnungslose Familien vorhanden gewesen. Im Jahre 1929 schätzt man die Zahl immer noch auf 700 bis 750 000 Familien. Es treten jährlich 225 bis 250 000 Wohnungsuchende hinzu. Die Zahl der überfüllten Wohnungen wird in Deutschland auf etwa 750 000 geschätzt. Als überfüllt gilt z.B. eine Wohnung aus einem Wohnraum mit Kammer und Küche, wenn sie von mehr als zwei Personen bewohnt wird. Der Minister verwies auf die grosse Wohnungsnot besonders bei kinderreichen Familien. Eine Aufhebung der Zwangswirtschaft würde automatisch wesentliche Erhöhung der Mieten bedeuten, damit Erhöhung der Löhne, der Renten für Klein- und Sozialrentner und Erwerbslose, eine enorme Neubelastung der Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden und damit eine ganz grosse Preisbewegung und Erschütterung der Wirtschaft.

Der sozialdemokratische Redner Lipinski sagte, seine Partei habe keine Anträge gestellt, weil sie eine Ausschussberatung für die Verlängerung des Reichsmietengesetzes und des Mieterschutzgesetzes nicht wünsche, sondern hoffe, dass das Plenum sofort die Verlängerung beschliesse. Lipinski erinnerte daran, dass noch im Dezember bei der Beratung der Richtlinien für den Wohnungsbau der Wohnungsausschuss den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft gegen eine Stimme abgelehnt habe. Sehr lebhaften Widerspruch fand Lipinski bei der Volkspartei und bei der Wirtschaftspartei, als er berechnete, dass die Annahme der Anträge beider Parteien einen Zuschlag von 180 bis 200 Prozent auf die Friedensmiete bedeuten würde. Lipinski trug ein reiches Material vor, welche enormen Summen für Reparaturen den Mietern auferlegt werden.

Der Kommunist Schuhmann richtete seine Front nicht etwa gegen die Feinde des Mieterschutzes, sondern natürlich gegen die Sozialdemokratie. Er machte den Ministerpräsidenten Otto Braun in Preussen sogar verantwortlich für überfüllte Wohnungen in dem bayerischen Ort Waldsassen. Auch alles, was der preussische Zentrumminister Hirtsiefer angeblich verschuldet, sei auf das Konto von Otto Braun zu setzen. Lehrreich war, dass von den kommenden Mieterfeinden nicht ein einziger sich mit dem Kommunisten beschäftigte. Das lohnt sich nicht. Sowohl Herr Winnefeld von der Deutschen Volkspartei wie Herr Steiniger von den Deutsch-

nationalen und Herr Jörissen von der Wirtschaftspartei wandten sich gegen die Sozialdemokratie und den sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister. Der deutschnationale Redner jammerte über die Ausnahmegesetze, die schleunigst verschwinden müssten. Auch nannte er die Grosstädte Massengräber des deutschen Volkes. Schliesslich trat noch der sogenannte Arbeitervertreter in der Deutschen Volkspartei, Herr Winnefeld, für freie Wirtschaft, aber nicht etwa für Mieterschutz, sondern für Vermieterschutz ein. Dr. Jörissen von der Wirtschaftspartei sieht uns schon mitten im marxistischen Zukunftsstaat, wenn der Mieterschutz aufrecht erhalten bleibe.

Die Aussprache wird am Dienstag fortgesetzt.

SPD. Als Herr Stolt, ein hervorragendes Mitglied der KPD, früheres Mitglied des Preussischen Landtags und auch bei der letzten Wahl zu diesem Parlament Kandidat seiner Partei, ferner ehemaliger Stadtrat in Berlin, im Barmatausschuss des Landtages die unglaublichsten Fragen stellte, um Beweise für sozialdemokratische Korruption beizubringen, hat ihm die sozialdemokratische Presse zu Gemüte geführt, dass Verwechslungen von Mein und Dein, die er früher begangen habe, seine Legitimation zum Tugendhelden sehr zweifelhaft erscheinen liess. Herr Stolt hat damals die sehr detaillierten Behauptungen eingesteckt.

Vor zwei Jahren hat der Hauptkassierer des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung erhebliche Unterschlagungen begangen. Der Verbandsvorstand entliess ihn sofort und übergab ihn dem Gericht, das ihn zu 6 Monaten Gefängnis verurteilte. Für die KPD war der Fall ein gefundenes Fressen. In zahllosen Zeitungsartikeln und Versammlungsreden suchten die Moskauer ihn zu dem Zweck auszuschlachten, die Führung im Verbands an sich zu reißen. Der sozialdemokratische Geschäftsführer der Freidenker Sievers trat ihnen darauf verschiedentlich mit den Worten entgegen: Wenn sich in unsere Reihen ein Unwürdiger verirrt, merzen wir ihn, nachdem wir ihn entlarvt haben, aus. Jhr aber macht Männer, die sich wiederholt an Arbeitergroschen vergriffen haben, zu Landtagsabgeordneten und Stadträten; auf das Verlangen kommunistischer Zwischenrufer nannte er dann jedesmal den Namen Stolt's. Diesem blieb nichts anderes übrig als Privatklage anzustrengen. Das zuständige Gericht, das Amtsgericht Neukölln, erhob den von dem Verteidiger Otto Landsberg angebotenen Wahrheitsbeweis. Und da stellte sich heraus,

- a. dass Stolt als Arbeitersekretär in Königsberg im Jahre 1909 einige hundert Mark von ihm eingezogene Gebühren für Inserate,
- b. dass er im Jahre 1911 als Arbeitersekretär in Bremerhaven den Betrag für fünf Anteile einer Genossenschaft, den er von einem Parteimitglied empfangen hatte, sowie eine Summe von 146 Mark, die er für einen arbeitslosen Musiker beim Gewerbegericht erstritten und eingezogen hatte, unterschlagen sowie dass er versucht hat, seinen Auftraggeber durch Uebersendung wertlosen, weil von ihm ausgestellten Wechsels zu beschwichtigen.

Diese Vorkommnisse haben zu seiner Enthebung von seinem Posten und zu seinem Ausschluss aus der Sozialdemokratischen Partei geführt.

In einem früheren Termin hatte Stolt Vertagung erbeten und vom Gericht bewilligt erhalten. Zur Begründung hatte er vorgetragen, dass sein Anwalt, der Kommunist Samter, der Sache nicht gewachsen sei, und hatte die Beibringung von Gegenbeweisen in Aussicht gestellt. Am Montag stand vor dem Amtsgericht Neukölln wieder Termin zur Hauptverhandlung an. Neue Beweise hatte Stolt nicht angetreten, vielmehr hatte er lediglich in einem Schriftsatz die nochmalige Vernehmung der bereits gehörten Zeugen verlangt. Am Montag war aber weder Stolt noch der neu von ihm angenommene Anwalt, der Kommunist Löwenthal, erschienen. Das Amtsgericht erklärte deshalb nach gesetzlicher Vorschrift, deren Anwendung Herrn Stolt und seinem Anwalt sicher nicht unangenehm gewesen ist, die Privatklage für zurückgenommen und belastete Stolt mit den Kosten des Verfahrens.



## Memoiren eines Kellners.

Von Helmut Frenzel Gaston la Fouche.

### 4. Fortsetzung.

#### Der Mann in der Mauer des "J"-Clubs.

SPD. Es ist selbstverständlich, dass es in Monte Carlo ein ganzes Heer von Parasiten und "Schlachtenbummlern" gibt, die sich wie Aasgeier auf die blühenden Spieler stürzen. Es ist behauptet worden, das Kasino habe schöne Frauen angestellt, die nur die Aufgabe hätten, nach begüterten Spielern Ausschau zu halten und sie zu verführen im Kasino ihr Geld zu verlieren. Nun, das Kasino hat ein derartiges Vorgehen schon deshalb nicht nötig, weil stets genügend Spieler vorhanden sind, die die Tische besetzt halten. Die glücklichen Gewinner werden von den Parasiten auf Schritt und Tritt verfolgt, doch hat das Kasino nicht das geringste mit ihnen zu tun.

Eine dieser Banden war unter dem Namen "J-Club" bekannt. Warum gerade dieser Name gewählt worden war, weiss ich heute nicht mehr. Möglicherweise war "J" eine Abkürzung von "Jay" womit man die Opfer bezeichnete. Diese Clique von Falschspielern bestand aus drei Männern und fünf Frauen, die Monte Carlo drei Saisons nacheinander besuchten. Die Bande wurde von Geheimdetektiven und von der Polizei Tag und Nacht verfolgt. Die Beamten wurden sogar offiziell von dem Club eingeladen bei seinen privaten Spielpartien dabei zu sein. Aber obwohl die vertrauensseligen Opfer stets dabei verloren, war es sowohl den Polizisten als auch den Geheimdetektiven unmöglich, eines der Clubmitglieder beim Falschspiel zu erfassen.

Eines Tages brach einer jener furchtbaren Orkane aus, wie sie zeitweise in der Gegend von Monte Carlo aufzutreten pflegen. Der Sturm fegte auch über die Villa des "J"-Clubs hinweg, wo gerade ein Spielchen im Gange war. Das ganze Gebäude wurde derart erschüttert, dass die Decke des Salons auseinanderbarst, und siehe da, aus den geborstenen Plafond, stürzte auf die Mitte des Roulette-tisches ein Mann herunter: Das lange ängstlich behütete Geheimnis des "J"-Clubs war verraten. Der Mann, der in einem geheimen Versteck zwischen zwei Zimmern verborgen war, beeinflusste die Roulettetische durch kräftige Magneten. Durch die Decke waren mehrere, von unten kaum sichtbare Löcher gebohrt, sodass er von seinem Versteck aus beobachten konnte, welche Nummern und Farben am meisten besetzt waren. Diese Nummern und Farben verloren stets.

#### Das "unfehlbare System".

In Biarritz, wo ich während der Saison die Stelle eines Hilfsroupiers angenommen hatte, kam in einer dienstfreien Stunde ein Mann auf mich zu, der offensichtlich der den Kasinobeamten gut bekannten Klasse von Menschen anhörte, die ständig im Kasino herumlungern in der Hoffnung, mit wenigen Francs in der Tasche die Grundlage zu einem Vermögen zu schaffen, das sie aus der Dummheit der anderen zu ziehen hoffen.

"Ich habe das einzige unfehlbare System", sagte er, "für einige Francs kann ich unser beider Glück machen." Der Systemhändler hatte mich wahrscheinlich für einen unerfahrenen Ankömmling gehalten. Aber ich entschloss mich doch, mich mit 50 Francs an dem unfehlbaren System zu beteiligen, das mir in versiegeltem Umschlag angeboten wurde - schon um den neuen Trick kennen zu lernen.

Ich sah auf die Uhr und stellte fest, dass es Zeit war, den Tisch von meinem Kollegen zu übernehmen. Dann merkte ich den Mann mit dem unfehlbaren System in der Nähe, und als er mich erblickte, brach er vor Schreck fast zusammen. Er setzte und es bereitete mir ein unaussprechliches Vergnügen, seine paar Francs einzuziehen und zu entdecken, wie er niedergeschlagen den Rückzug antrat. Einige Stunden später, als ich selbst abgelöst war, steckte ich meine Hände in die Tasche und fand den Umschlag, den der Schwindler mir verkauft hatte. Ich

öffnete ihn und fand zu meinem Erstaunen, dass er eine 1000 Francs=Note enthielt. In diesem Augenblick kam auch der Alte schon auf mich zugestürzt. "Monsieur, Monsieur," rief er in grösster Erregung, "ich bin einem Irrtum zum Opfer gefallen, ich habe Ihnen den falschen Umschlag gegeben! Bitte geben Sie ihn mir zurück!" Ich lächelte. "Geben Sie mir meine 50 Francs dafür zurück", sagte ich. Er zahlte auch ohne Widerspruch und erhielt von mir die 1000 Francs=Note aus dem Umschlag. Dann eilte er zum Spieltisch und verlor auch die 1000 Francs. Ein merkwürdiges "unfehlbares System"!

### "Der Mann, der nie verliert".

Einen Mann, der den Titel verdiente "Der Mann, der nie verliert", lernte ich in dem indischen Prinzen Sir Hari Singh kennen. Sir Hari Singh verlor während eines siebenstündigen Spiels nur wenige Sätze - ein Rekord, der in einem Kasino, soviel ich weiss, sonst noch nie vorgekommen ist. Bei einem anderen Spiel lähmte er förmlich das ganze Kasino - so aufgeregt war alles über sein unheimliches Glück. Anstatt an einem Tisch zu bleiben, wechselte er ihn stets, aber sein aussergewöhnliches Glück folgte ihm überall hin.

Beim Spiel legte er in aller Gemütsruhe seinen Einsatz hin, schob seinen Sessel vom Tisch weit ab und wartete, die Hände in den Hosentaschen, die weitere Entwicklung ab, ohne ihr besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Er bewegte sich auch nicht, wenn die Gewinne aufgerufen wurden. So wuchs der Berg der elfenbeinernen Spielmarken, die verschiedene Farben trugen, um die einzelnen Werte unterschiedlich zu kennzeichnen, schliesslich so stark an, dass der Croupier Sir Hari Singh bitten musste, seine Gewinne wegzunehmen, um den anderen Spielern die Möglichkeit zu geben, ihre Einsätze zu machen.

Eines Tages sass Sir Hari Singh an einem Tisch, den ich bediente. In seiner Nähe hatte eine Chilenin von äusserst reizvollem Aussehen Platz genommen. Sie war eine Zeitlang bei ihrem Spiel dem des indischen Prinzen gefolgt, bis er plötzlich verlor. Aergerlich über die Verluste änderte die Chilenin ihre Spieltaktik. Trotzdem verlor sie ständig, während der Prinz von neuem gewann. Darauf setzte sie ihre letzten Spielmarken. Aber sie hatte die falsche Farbe gewählt und ich musste den Rest ihres Geldes einziehen.

Die Chilenin war von einem gefährlichen Spielfieber ergriffen und als sie kein Geld mehr hatte, zog sie einen herrlichen Rubinring vom Finger und sagte zu mir: "Herr Croupier, nehmen Sie diesen Ring anstelle eines Einsatzes von 10 000 Francs an?"

Solche Einsätze sind natürlich verboten. Es gibt ja auch in den Spielsälen genug Leute, die froh sind, die Schmucksachen solcher Frauen zu kaufen. Den Anweisungen gemäss musste ich mit Bedauern die Annahme des Ringes als Einsatz ablehnen. Aber Sir Hari Singh nahm den Ring als Gegenleistung für Ships im Werte von 10 000 Francs. Die Chilenin begann nun von neuem zu spielen und - gewann, setzte nochmals und gewann wieder - und wieder - so also sieben Mal hintereinander, bis sie in der Lage war, den Ring zurückzukaufen.

Diese exotische Dame fand ein paar Tage später ein trauriges Ende. Ihre Leiche wurde ans Meer gespült, aller Kleider beraubt und fast bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt; nur etwas wies auf ihre Identität hin: der Rubinring am Finger. Ob sie Selbstmord begangen hatte, oder einem Unglücksfall zum Opfer gefallen war, wurde niemals aufgeklärt.

### Millionengewinne in einer Viertelstunde.

Ich erwähnte bereits, dass der Fürst von Monaco selten spielte. Dagegen setzte seine selten schöne Tochter, die Herzogin von Valentinien, die mit dem Grafen Polignac verheiratet war, mehrere Male das Kasino durch ihre Glück in Erstaunen.

# Aus aller Welt

## Leichenvergrabung auf Befehl?

### Der Fall Libuda vor dem Reichsgericht.

SPD. Das Schwurgericht in Schneidemühl verurteilte am 11. Dezember 1929 die beiden Landwirte Baginski und Libuda wegen Mordes an dem Viehhändler Lasch aus Chemnitz zum Tode. Dieser im Osten Deutschlands vielbesprochene Mord-Prozess ist deswegen besonders interessant, weil einer der Täter, nämlich Libuda, nachweislich bei dem Morde überhaupt nicht zugegen war. Sein Verteidiger hat jetzt bei dem Reichsgericht Revision eingelegt und zum Teil mit unbekanntem Material begründet.

Libuda ist ein junger verschuldeter Landwirt, dessen Wirtschaft im Mai 1929 zur Zwangsversteigerung kommen sollte. Der bis dahin nicht vorbestrafte junge Mann stand unter dem Einfluss seines Hypothekengläubigers Baginski, der mehrmals wegen Betruges vorbestraft ist und fünf weiterer Morde, darunter an seinen Schwiegereltern, verdächtigt wird.

Beide reisten unter falschem Namen nach Schneidemühl und liessen am 25. April 1929 den Chemnitzer Viehhändler Lasch dorthin nachkommen, angeblich um Viehverkäufe zu tätigen. Diesen Lasch hat dann Baginski in einem Wäldchen auf bestialische Weise umgebracht. Wenige Stunden später hat er Libuda an die Mordstelle geführt und ihm befohlen, die Leiche einzugraben. "Wenn Du jetzt nicht zu mir hältst, kriegst Du auch einen Schuss!" soll seine Drohung gewesen sein.

Das Gericht unterschiebt nun Libuda, gewusst zu haben, dass der Chemnitzer Händler ermordet werden sollte, während Libuda behauptet, dass er nur die Absicht des Betruges gehabt hätte, von Mordvorbereitung will er nichts gewusst haben.

Die Indizien für die Mordbeihilfe des Libuda sind u.a., dass er sich die Haare färben liess und - alles auf Veranlassung des Baginski - einen Spaten besorgte, der an einer bestimmten Stelle hinterlegt wurde. Libuda gibt an, dass ihm Baginski gesagt habe, der Spaten werde zum Verladen des Schweins benötigt.

Das Schneidemühler Gericht hat auf Grund der eindrucksvollen Aussagen des Libuda die Tat rekonstruiert. Nur in dem einen entscheidenden Punkte, dass er von der Tat nichts gewusst habe, schenkt das Gericht ihm keinen Glauben.

Für alle verdächtigen Indizien gegen Libuda lässt sich jedoch eine Erklärung finden. Libuda wird von Sachverständigen als ein unklarer phantastischer Kopf dargestellt, der einer Suggestion leicht zugänglich, aber nicht rähig sei, einen Mord zu begehen. So ist es keinesfalls von der Hand zu weisen, dass Baginski tatsächlich Libuda unter Waffenandrohung gezwungen hat, die Leiche des Lasch zu begraben.

In der beim Reichsgericht jetzt ablaufenden Revisionsbegründung wird hervorgehoben, dass der Mitangeklagte Baginski auf dem Wege zum Polizeigefängnis zu Libuda geäußert haben soll: "Paul, Du bist ja unschuldig, Dir kann nichts passieren."

Ferner heisst es in der Revisionsbegründung, die Annahme einer Mittäterschaft sehr voraus, dass der Mittäter die Tat als seine eigene will - unabhängig von dem Willen des anderen. Bei Libuda aber hat das Schwurgericht in Schneidemühl in den Urteilsgründen festgestellt, dass er "dumm, zerfahren, geistig minderwertig, nach seiner geistigen und seelischen Veranlagung garnicht dazu in der Lage sei, den tödlichen Schuss auf Lasch abzugeben." Mittäter aber sind immer nur wegen Mordes strafbar, wenn sie mit Ueberlegung gehandelt haben.

In der Tat ergeben die Ermittlungen, dass Libuda kaum etwas getan hat, was man als Mordbeihilfe werten kann.

+ + +  
Rekordfahrt der "Hamburg". Am Sonntag abend erreichte der umgebaute Lapag-Dampfer "Hamburg" den Hafen von New York nach einer Rekordfahrt von sieben Tagen drei Stunden 56 Minuten ab Cherbourg. Früher brauchte der gleiche Dampfer bei der Fahrt über den Ozean zwei Tage länger. Die Verkürzung der Reisezeit war möglich durch den Einbau stärkerer Turbinen, neuer Schrauben und neuer Kessel, die unter erhöhtem Atmosphärendruck arbeiten. Die Durchschnittsgeschwindigkeit der Fahrt, an der 850 Passagiere teilnahmen, betrug 18,54 Seemeilen, die höchste Tagesleistung 468 Knoten. Ausserdem wurde während der Reise zum ersten Male Tonfilmunterhaltung auf See geboten.

+ + +  
Auto verursacht Zugunglück. Bei Kenosha am Michigansee (USA) fuhr ein Lastauto gegen einen Eisenbahnzug, der mit 100 Kilometer Geschwindigkeit dahinströmte. Das Auto wurde vernichtet. Der Zug entgleiste, sodass mehrere Wagen einen drei Meter hohen Bahndamm hinabstürzten, 8 Menschen starben, 60 wurden verletzt.

+ + +  
Wieder ein Versicherungsmord? Unter dem Verdacht, den Direktor Bauer von der Mitteldeutschen Speditions- und Schiffahrt-Gesellschaft in Halle ermordet zu haben, wurden in Magdeburg Bauers Frau und der Privatdetektiv Peters verhaftet. Die Ehe Bauers litt seit langem unter Zerrüttung. Die Scheidung war jedoch besonders schwierig, da das Ehepaar katholisch ist. Kurz vor dem Tode ihres Mannes veranlasste Frau Bauer den Abschluss einer Lebensversicherung in Höhe von 60 000 Mark. Am 14. Dezember vorigen Jahres ist der Direktor verschwunden. Er galt als tüchtiger Geschäftsführer, hat sich irgendwelche Verfehlungen nicht zu Schulden kommen lassen und man konnte infolgedessen nicht an einen Selbstmord Bauers glauben. Der Verdacht, dass Bauer einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist, hat sich nun besonders verstärkt, nachdem im Binnenhafen von Halle-Trotha die Leiche eines Mannes angeschwemmt worden ist, die als diejenige Bauers identifiziert werden konnte. Am Kopf fand man Spuren schwerer Schädelverletzungen durch eine Axt oder ein axthähnliches Instrument.

Peters kam dadurch in Verdacht, dass er schon zu Lebzeiten des Speditionsdirektors der Geliebte der Frau Bauer gewesen ist. Er wurde mit ihr zusammen am Sonntag in Magdeburg verhaftet, ziemlich unmittelbar nach der dort erfolgten Beerdigung Bauers. Beide leugnen die Tat. Insbesondere behauptet Peters, am Tage des Verschwindens des Direktors in Breslau gewesen zu sein. Diese Aussage konnte jedoch durch die Ermittlungen der Kriminalpolizei widerlegt werden. Ausserdem hat sich Peters dadurch sehr verdächtig gemacht, dass er sich der Aufklärung des Mordfalles in auffallend eifriger Weise angenommen hatte und dabei mehrere absolut unschuldige Personen des Verbrechens bezichtigen wollte. Nun vernahm die Kriminalpolizei den Privatdetektiv selbst. Es stellten sich erhebliche Widersprüche in seinen Aussagen gegenüber denen der Frau Bauer heraus. Ausserdem war er nicht in der Lage, für die Mordnacht sein Alibi nachzuweisen.

+ + +  
Freitod eines Giftmörders. Der Kaufmann Paul Reiwies, der im Verdacht stand, in der vergangenen Woche die Arbeiterin Magdalene Lange aus Rastenburg in Ostpreussen in einem Hotel in Birkenwerder bei Berlin mit Arsenik vergiftet zu haben, wurde in einer Schonung bei Oranienburg erschossen aufgefunden. Die Leiche wurde beschlagnahmt.

+ + +  
Vom Fasching in den Tod. Mit Faschingsmützen auf dem Kopf wurden am Montag morgen zwei Breslauer Studenten im Alter von 22 bis 25 Jahren in ihrem möblierten Zimmer vergiftet aufgefunden.

+ + +

Heimtückischer "Wein". In Lyons (Nebraska) tranken in dem Glauben, Wein vor sich zu haben, fünf junge Leute eine Gefrierflüssigkeit für Autokühler. Sie sind sämtlich an Vergiftung gestorben.

+ + +  
Mit dem U-Boot nach dem Nordpol. Der Südpolforscher Wilkins ist per Flugzeug von seiner Südpolarexpedition in Montevideo eingetroffen, wo ihm und den übrigen Mitgliedern der Expedition von den uruguayischen Behörden grosse Huldigungen dargebracht wurden. Wilkins reist nunmehr nach Europa, um die letzten Vorbereitungen zu seiner U-Bootfahrt nach dem Nordpol zu treffen.

+ + +  
Riesenexplosion in Havanna. Bei der Explosion eines grossen Kessels in den havannischen Wasserwerken wurden zehn Arbeiter getötet, vier schwer verletzt. Das Kesselhaus wurde vollkommen in Trümmer gelegt.

+ + +  
Urteil im Molinari-Prozess. Im Breslauer Molinari-Prozess wurden der Angeklagte Molinari wegen Konkursvergehens und Betruges zu sechs Monaten Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe verurteilt, Grzimek zu einem Jahr zwei Monaten Gefängnis und 1500 Mark Geldstrafe, Urban wegen Beihilfe zum Konkursvergehen und zum Betrug zu einer Geldstrafe von 500 Mark, Kantelberg wegen Betrugsbeihilfe zu einer Geldstrafe von 200 Mark.

+ + +  
Hundert Anzeigen gegen zwei Betrüger. Die Berliner Kriminalpolizei sucht zwei seit 14 Tagen spurlos aus Berlin verschwundene Betrüger, gegen die nicht weniger als hundert Anzeigen vorliegen. Die Schwindler nannten sich Karl Richard Koch und Franz Schulz und mieteten Anfang Dezember von einer allein stehenden Frau ein Zimmer unter dem Vorwand, dass sie es als Büro im Auftrage der Gutsverwaltung der E. von Simon'schen Erben in Frankfurt a.O. benutzen würden, um für diese Firma Frühbeetfenster und Fruchtkonserven zu verkaufen. Die beiden Betrüger gaben auch in Fachzeitschriften entsprechende Inserate auf und versandten ausserdem Offerten an 500 Interessenten. Diese Offerten waren fachmännisch korrekt und niemand sah in den Verlagen, bei Bestellungen Zahlungen in Höhe von 350 bis 1100 Mark im voraus zu leisten, etwas Inkorrektes. Da die Angebote in der Tat sehr billig waren, schickten auch etwa 200 Gutsbesitzer, Gärtner und Landwirte nicht weniger als 250 000 Mark, die die Betrüger von ihrem Postscheckkonto in Berlin abgehoben haben. Als die Kunden endlich auch Ware sehen wollten, verschwanden Koch und Schulz.

+ + +  
Französische Buchausstellung in Leipzig. An der diesjährigen Leipziger Büchermesse wird sich zum ersten Mal seit Bestehen der Leipziger Messe überhaupt auch Frankreich mit einer Buchausstellung beteiligen. Der Deutsche Buchgewerbeverein, der die Messe im Bugra-Haus organisiert, erhielt die offizielle Zusage der französischen Verleger, von denen etwa 30 teilnehmen werden. Im Vordergrund soll die Ausstellung schöner Literatur stehen.

+ + +  
40 000 Radiohändler in USA. Dem dritten Quartalsbericht für 1929 des Handelsministeriums von USA ist zu entnehmen, dass es in Amerika augenblicklich 40 000 Radiohändler gibt, das sind 26,5 Prozent mehr als im vorhergehenden Quartal. Verkauft wurden im dritten Quartal 1929 für 138 Millionen Dollar Radiowaren gegen 96 Millionen Dollar Verkaufssumme in der gleichen Zeit des Jahres 1928.

+ + +  
Die "Europa" auf der Fahrt. Die "Europa" hat am Montag in Bremerhaven 5000 Liter Oel an Bord genommen und ist nachmittag mit Kurs auf Norwegen in See gestochen. Bei dieser Nordseereise wird das Schiff auf Höchstgeschwindigkeit gesetzt werden und den Beweis seiner Ozeantüchtigkeit zu erbringen haben.



# Gewerkschaftliche Rundschau

## Entmündigung der Sozialversicherung?

SPD. Auch das Schlechte hat sein Gutes: die Gefahrungsgemeinschaftspläne des Reichsfinanzministers sind ein Beweis dafür, Sie haben dazu beigetragen, dass die gefährlichen Bestrebungen zur Bevormundung und Plünderung der Sozialversicherung in ihrem ganzen Umfang und Zusammenhang sichtbar wurden. So hat ganz offensichtlich erst der Kampf um die Heranziehung der Mittel der Arbeitslosen- und der Invalidenversicherung zur Deckung des Defizits der Arbeitslosenversicherung mit aller Deutlichkeit gezeigt, was der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung von dem Gesetzentwurf zum Ausbau der Angestelltenversicherung droht. In der Begründung dieses Entwurfs wird eine starke Einschränkung des Etatsrechts gefordert. Man geht über die normalen Befugnisse der Aufsichtsbehörde hinaus und will die Aufstellung des Haushalts von der Genehmigung der Reichsregierung abhängig machen. Was das bedeutet, braucht in einem Augenblick, wo der Reichsfinanzminister wiederholt den Versuch gemacht hat, die Schuldenlast der Arbeitslosenversicherung einfach auf die Angestellten- und Invalidenversicherung abzuwälzen, nicht erst noch besonders erläutert zu werden.

Gegen diese Verstümmelung der Selbstverwaltung muss von den Versicherten sehr energisch Front gemacht werden. Die Gefahren für die Sozialversicherung sind erst dann gebannt, wenn es gelungen ist, die bisherige sogenannte Parität: Arbeitgeber, Arbeitnehmer zu beseitigen. Weder in der Angestellten-, noch in der Invalidenversicherung, noch auch in der Arbeitslosenversicherung kann von einem wirklich massgebenden Einfluss der Versicherten gesprochen werden. Staat wirkliche Selbstverwaltung zu schaffen, möchte man sogar in der Angestelltenversicherung nach dem Muster der Arbeitslosenversicherung die Dreiteilung der Verwaltung (Behörden-, Arbeitgeber- und Versichertenvertreter) einführen, obwohl die Arbeitslosenversicherung infolge ihrer engen Verknüpfung mit dem Arbeitsmarkt eine Sonderstellung einnimmt und die öffentlichen Körperschaften bei den eigentlichen Versicherungs- und Etatfragen nicht mitsprechen. Mit der Arbeitslosenversicherung auf der einen und der Angestellten- sowie Invalidenversicherung auf der anderen Seite wird ein merkwürdiges Doppelspiel getrieben. Der Arbeitslosenversicherung gegenüber sucht der Reichsfinanzminister den Anschein zu erwecken, als ob er keineswegs gegen eine Erweiterung der Selbstverwaltung sei, während er zu gleicher Zeit die Angestellten- und die Invalidenversicherung bei der Regelung ihrer Etats unter die Vormundschaft seines Ministeriums stellen lassen will. Die Arbeitslosenversicherung hat Schulden. Ihr sagt man: Saniere dich selbst. Du kannst dabei schalten und walten, wie du willst. Die Angestellten- und Invalidenversicherung haben noch einige Groschen in der Kasse. Ihnen mutet man zu, sich bei der Entscheidung der wichtigsten Frage, d.h. bei der Regelung ihrer Etats unter Kuratel stellen zu lassen. Also dort, wo die Schulden sind, scheinbare Erweiterung der Selbstverwaltung, und dort, wo das Geld ist, tatsächliche Einschränkung der Selbstverwaltung! Der Reichsfinanzminister lässt auf verschiedenen Wegen zu demselben Ziel marschieren: Lasten- abschüttelung des Reiches auf Kosten der Sozialversicherung.

Unter diesen Umständen erhält der Kampf um die Neugestaltung der Angestelltenversicherung die grösste Bedeutung. Das Ringen in der grundsätzlichen Verfassungsfrage, d.h. um die Garantie eines massgebenden Einflusses der Versicherten, wie er in der Reichsverfassung versprochen wurde, ist zu einer

Schicksalsfrage für die gesamte Sozialversicherung geworden. Vor allem hängt vom Ausgang des Kampfes bei der Angestelltenversicherung das Schicksal der Invalidenversicherung ab. Die Aushöhlung der Selbstverwaltung, wie sie in dem Entwurf für die Angestelltenversicherung erstrebt wird, macht, wenn der Entwurf Gesetzeskraft erhält, vor der Invalidenversicherung nicht halt. Die Ausdehnung der Aufsicht des Reichsarbeitsministeriums, das über die Beachtung von Gesetz und Satzung zu wachen hat, auf das Gesamtkabinet, d.h. auf das Finanzministerium, und der Raub des obersten Rechtes der Selbstverwaltung, des Etatsrechts, würden der Sozialversicherung das Rückgrat brechen.

Nicht Verstümmelung der Selbstverwaltung, sondern Sicherung wirklicher Demokratie in der Sozialversicherung: das ist der Kampfpfeis, um den es bei der Gestaltung der Novelle des Angestelltenversicherungsgesetzes geht. Die gesamte Arbeitnehmerschaft und nicht nur die Angestelltenschaft ist deshalb an dem Ausgang dieses Kampfes aufs stärkste interessiert. Der Kampf der freien Angestellten um die Vertiefung der Demokratie in der Sozialversicherung, um die Aufhebung der Scheinparität, um die Verankerung eines wirklich massgebenden Einflusses der Versicherten ist auch ein Kampf um die Lebensinteressen der Arbeiter. Wie im vergangenen Jahr bei der Abwehr der von den Arbeitgebern geforderten "Reform" der Arbeitslosenversicherung, so wird bald in dem Ringen um die Neugestaltung der Angestelltenversicherung eine entscheidende Schlacht geschlagen werden müssen.

---

SPD. Auch in der Schweiz sind die Gewerkschaften gezwungen, jetzt endlich den kommunistischen Quertreibereien mit aller Energie zu Leibe zu rücken. So heisst es in einer Erklärung des Zentralvorstandes des schweizerischen Bau- und Holzarbeiterverbandes u.a.: "Das der Zerstörungs- und Zersetzungskampf gegen die Gewerkschaften auch in der kommunistischen Presse systematisch betrieben wird, kann man den Gewerkschaften nicht zumuten, dass sie ihre Totengräber noch unterstützen; es sind daher alle Insertionen und Berichterstattungen in den kommunistischen Zeitungen einzustellen. Mitglieder, die sich an einem Streik beteiligen, der nicht statuenmässig beschlossen und vom Zentralvorstand bewilligt ist, stellen sich ausserhalb des Verbandes und haben alle Rechte am Verband verwirkt.--"

Künftig kann bei den schweizerischen Gewerkschaften ein Vertrauensmann dann gewerkschaftliche Funktionen übernehmen, wenn er sich vorher schriftlich von der kommunistischen Zersetzungstaktik lossagt.

---

SPD. Ein glänzendes Zeugnis für die niederländische Arbeiterbewegung ist die geradezu beispiellose Opferwilligkeit, mit der selbst von kleinsten Organisationen zur Finanzierung eines Neubaus für das Arbeiterblatt "Het Volk" beigesteuert wurde. So beteiligte sich der niederländische Zigarrenmacher- und Tabakarbeiterverband mit 5 000 Gulden an der Obligationsanleihe der Genossenschaft "Arbeiterpresse."

Der "Daily Herald", das Organ der englischen Arbeiter, hat die niederländische Partei im Hinblick auf die grosse Opferwilligkeit der Arbeiter beglückwünscht.

---

SPD. Die freigewerkschaftlichen Landarbeiter haben zu dem Entwurf eines neuen Landwirtschaftskammergesetzes, den die preussische Staatsregierung vorgelegt hat, eine Reihe von Abänderungsvorschlägen eingebracht. Sie fordern u.a. Fortfall der Bestimmung, dass Familienangehörige der Betriebsinhaber in der Gruppe der Arbeitnehmer wählen sollen, Berufung der Mitglieder der Landwirtschaftskammern durch die wirtschaftlichen Vereinigungen der Betriebsunternehmer und Arbeiter und Verkürzung der Wahlzeit der Landwirtschaftskammern von 6 auf 4 Jahre. Diese Forderungen finden in dem Zentralorgan der Deutschen Bauernschaft "Deutsche Bauernzeitung" starken Anklang. Das Blatt schreibt wörtlich:

"Gegenüber den mannigfachen Auslassungen des Grossagrariertums zu diesen Fragen, das mit den alten Redensarten für möglichste Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes eintritt, hat die Stellungnahme der freigewerkschaftlichen Landarbeiter den Vorzug, dass sie entschlossen das Wesentliche und den Kern einer Reform des Landwirtschaftskammerwesens in Preussen anfasset."

Die Grossagrariere dagegen haben nur Angst vor der Einbeziehung der Landarbeiter in die Landwirtschaftskammern, wie z.B. ein Vortrag, den der Direktor der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Dr. Thyssen, vor einigen Wochen im Landwirtschaftlichen Bezirksverein für die westlichen Teile der Kreise Flensburg und Schleswig gehalten hat, deutlich zeigt. Nach dem "Landwirtschaftlichen Wochenblatt für Schleswig-Holstein" (Nr. 3) hat Dr. Thyssen erklärt, er sei persönlich durchaus der Meinung, dass der Berufsstand ein geschlossenes Ganzes darstellt und eine sachliche Zusammenarbeit mit den Arbeitnehmern in der Landwirtschaft auch in der Kammer erforderlich ist. Andererseits sei er jedoch der Auffassung, dass die meisten Aufgabengebiete der Kammer, wie Tierzucht, Pflanzenzucht usw. Probleme sind, für die der reine Arbeitnehmer gar keine Erfahrungen, Kenntnisse und Einsichten mitbringt, und bei denen er auch infolgedessen nicht mitarbeiten kann. Die Wirkung der Einbeziehung der Landarbeiter würde sein, dass mehr als 20 praktische Landwirte in der Provinz aus der Kammer ausscheiden müssten, und durch organisierte Arbeiter (!) aus den Grossbetrieben oder durch Bauernsöhne und -töchter ersetzt werden.

Also der organisierte Landarbeiter versteht nichts von der Landwirtschaft. Er ist nur gut für die Arbeit auf dem Feld und im Stall. Für die Arbeit der Kammern sind nur die Besitzer geeignet. Wer den Hof erbt, erbt auch den Verstand - und die erbliche Belastung mit dem Hochmut, der sich mit Gesinde nicht vor der Öffentlichkeit an einen Tisch setzen will.

---

SPD. In Holland ist eine Grossorganisation des Behördenpersonals im Werden. Sie soll durch Verschmelzung des niederländischen Verbandes des Personals im öffentlichen Dienst mit dem Zentralverband niederländischer Beamter geschaffen werden. Für den organisatorischen Zusammenschluss war das Vorbild der deutschen Parallelorganisationen massgebend.

---

SPD. Im Lohnstreit der mitteldeutschen Landwirtschaft ist in Hülle von unparteiischen Vorsitzenden ein Schiedsspruch gefällt worden, der die Lohnsätze des vergangenen Jahres für dieses Jahr weiterbestehen lässt. Die Arbeitgeber hatten es auf eine Senkung der Löhne um 10 - 15% abgesehen. Die Lohnkürzung ist also abgewehrt worden.



## Riesenfusion.

### Eine Milliarden=Pfandbriefbank.

SPD. Die Verwaltungsräte der Preussischen Centralbodenkredit A.-G. und der Preussischen Pfandbriefbank beschlossen am Montag die Verschmelzung ihrer beiden Hypotheken= und Pfandbriefbanken.

Centralboden und Preussische Pfandbriefbank sind die beiden grössten norddeutschen Hypothekenbanken. Durch ihren Zusammenschluss entsteht ein Institut, das insgesamt über mehr als eine Milliarde Mark ausgeliehene Hypotheken besitzt und einen entsprechend grossen Umlauf an Pfandbriefen und kommunalen Schuldverschreibungen hat. Der kapitalistische Konzentrationsprozess setzt sich hier, nachdem auf dem Gebiet der Kreditbanken die Riesenfusion der Deutschen Bank und der Diskontogesellschaft vorangegangen ist, auf dem Gebiet des Realkredits fort, der die durch Verkauf von Pfandbriefen und kommunalen Schuldverschreibungen gesammelten Kapitalien gegen Beleihung von Häusern und Liegenschaften (gedeckte Hypotheken) in der Volkswirtschaft zu verteilen hat.

Die Fusion koppelt zwei privatkapitalistische Unternehmungen aneinander, von denen jede in ihrem Aufbau und in ihrer Geschichte interessante Merkmale aufweist. Die Preussische Centralbodenkredit=A.G. 1870 von den damaligen grossen Privatbanken (Disconto, Bleichröder, Rothschild, Oppenheim) gegründet und ist bis heute eine sehr feudale Bank von recht konservativer Tendenz geblieben. Im Sitzungszimmer präsidiert immer noch Kaiser Wilhelm II in grosser Uniform und im Aufsichtsrat sitzen neben den Bankfürsten von heute u. a. auch Otto v. Bismarck, Graf von Pückler und Fritz Thyssen, der Industrieherr von der Ruhr. Die Preussische Centralboden hat heute ein Aktienkapital von 18,2 Millionen Mark, dürfte einen Pfandbrief= und Schuldverschreibungsumlauf von 500 Millionen erreicht haben und hat 1928 = 10 %, 1929 = 12 % Dividende verteilt. Etwas neues Blut kam in dieses hochkonservative Institut durch einen Direktor, der vor nicht langer Zeit von der Deutschen Bank und Discontogesellschaft übernommen wurde.

Die Preussische Pfandbriefbank wurde noch früher, nämlich 1862 gegründet. 1927 hat auch sie sich durch Verschmelzung mit der Roggenrentenbank unseligen Andenkens feudalisiert, durch die eine grosse Masse landwirtschaftlicher Schuldner unter dem Protektorat der höchsten Landbundherrschaften mit überhöhen Zinsen und Kapitalsabzügen bei der Gewährung von Roggendarlehen in grosse Nöt gestürzt bzw. ruiniert wurde. Der Roggenrentenbank ist das Geschäft selbst glänzend bekommen (auch ihren Aufsichtsräten) und bei ihrer Eingliederung konnte die Preussische Pfandbriefbank ihr Kapital gleich um 14 auf 21 Millionen Mark erhöhen. Im Jahre 1929 hat dann die Preussische Pfandbriefbank unter Erhöhung ihres Kapitals auf 25 Millionen noch die Preussische Hypothekenbank geschluckt. An Pfandbriefen und kommunalen Schuldverschreibungen dürfte die Preussische Pfandbriefbank ebenfalls annähernd 500 Millionen Mark in Umlauf haben; die gute Erbschaft der Roggenrentenbank und das eigene gute Geschäft - von Risiken ist ja bei grossen Hypothekenbanken heute kaum die Rede - erlaubten in den beiden letzten Jahren eine Dividende von 12 %.

Die jetzt durchgeführte Grossfusion ist ein Geschäft der privaten Grossbanken, in erster Linie der Deutschen Bank und Discontogesellschaft, der Dresde=

ner Bank und der Darmstädter und Nationalbank. An der Preussischen Pfandbriefbank ist auch der schwedische Zündholztrust als Großaktionär beteiligt, der die Fusion dadurch erleichterte, dass er für in seinem Besitz befindliche Aktien Goldpfandbriefe übernahm, wodurch das verschmolzene Aktienkapital statt auf 43,2 auf 36 Millionen Mark bei 27 Millionen offenen Reserven bemessen werden konnte. Als Grund für den Zusammenschluss wird natürlich die Rationalisierung angeführt, in Wahrheit wird man die Konkurrenz gegenüber den übrigen, insbesondere öffentlichen Hypothekendarlehenbanken verschärfen, die Basis für die Bankprofite durch Abbau des Personals verbreitern und im übrigen eventuell auch durch Verkauf von Pfandbriefen im Ausland das Geschäft erweitern wollen. Man hört auch, dass der Aufsichtsrat um ein Drittel verkleinert werden soll und dass man die Zinsbedingungen bei der Gewährung von Hypotheken verbilligen möchte. Wobei nur zu bemerken bleibt, dass man solche Botschaften oft bei Fusionen hört, dass der Glaube daran aber erst durch entsprechende Taten gerechtfertigt werden muss. Die Bankangestellten-Gewerkschaften werden auch hier mit grösster Sorgfalt und Energie darüber zu wachen haben, dass der Personalabbau nicht zu weit getrieben und dass die Rechte der Angestellten in Form der Sicherstellung ihrer Existenz und entsprechender Abfindungen bzw. Umstellungsbeihilfen gewahrt werden.

Vom Standpunkt der Volkswirtschaft aus wird man die Fusion begrüßen dürfen. Die Entstehung dieser Riesenpfandbriefbank vereinigt natürlich eine grössere Schlagkraft und bedeutet für den deutschen Kapitalmarkt auch im Auslande eine Stärkung des Ansehens. Der Pfandbriefgläubiger erhält grösseres Vertrauen in die Sicherheit der Pfandbriefe; es besteht die theoretische Möglichkeit, Bau- und Agrarhypotheken billiger zu vermitteln, und die organisatorischen Kräfte werden verstärkt, die die Heranziehung des ausländischen Kapitalmarktes für den Wohnungsbau in Deutschland anstreben.

Drei grosse privatkapitalistische Gruppen werden in Zukunft das deutsche Hypothekendarlehenwesen kennzeichnen: einmal die Gemeinschaftsgruppe der acht deutschen Hypothekendarlehenbanken mit nicht unerheblich mehr als einer Milliarde Pfandbriefumlauf, dann die neue fusionierte Gruppe mit etwas geringerem Pfandbriefumlauf unter dem Namen "Preussische Centralbodenkredit- und Pfandbriefbank" und ferner die Bayerische Hypothekendarlehen- und Wechselbank mit über 600 Millionen Mark Pfandbriefumlauf. Diesem Block von privaten Hypothekendarlehenbanken stehen die öffentlich rechtlichen Realkreditanstalten, Landesbanken und Stadtschaften gegenüber. Notleidende bei der neuen Konzentrationsbewegung im Hypothekendarlehenbankgewerbe werden die vielen Dutzende kleineren Hypothekendarlehen- und Pfandbriefbanken sein, die naturgemäss den grossen Schwankungen des deutschen Kapitalmarktes viel weniger Widerstand entgegensetzen können, als das den kapitalstarken grossen privaten und öffentlichen Gruppen möglich ist.

SPD. Die Jagd nach dem Kunden, die sich am heftigsten im Abzahlungsgeschäft auswirkt, hat wieder einmal eine grosse Berliner Pleite zur Folge. Die Deutsche Warenvertriebsgesellschaft für Beamte und Angestellte (DEWABAG) und das Kaufhaus für Angestellte und Beamte (KAUFAB) sind in Zahlungsschwierigkeiten geraten; am Montag hat bereits eine Gläubigerversammlung stattgefunden.

Die beiden Unternehmungen haben nicht das geringste mit irgend welchen Beamten- oder Angestelltenorganisationen zu tun, sondern sind rein privatkapitalistische Gründungen zu rein privatkapitalistischen Zwecken. Aber auch hier wurde die Bezeichnung "für Beamte und Angestellte" in den Firmennamen aufgenommen, um damit Beamte und Angestellte anzulocken, den Eindruck einer besonderen "reife" und Qualitätskontrolle hervorzurufen und die Profitgrundlagen zu erweitern. Ein reicher Frankfurter Baumwollwarenhändler (Max Bauer) hat die DEWABAG gegründet und zwar als Abzahlungsgeschäft, wobei mit einer Anzahl Textil- und Kleiderfabriken Lieferantenverträge abgeschlossen wurden. Das Geschäft



wickelte sich so ab, dass auf Raten verkauft und je nach Eingang der Zahlungen die kommissionsweise übernommene und durch Abtretung der Kaufverträge gesicherte Ware bezahlt wurde. Ganz offenbar hat der starke Abbau von Angestellten und die Erschwerung der Wirtschaftslage zu einer Stockung in den Abzahlungen geführt, und, da die Lieferanten nicht still hielten, traten die Zahlungsschwierigkeiten ein.

Die bei den 1929 erst zusammengeschlossenen Gesellschaften eingetretenen Verluste lassen sich jetzt noch nicht übersehen. Die Bilanz ist offenbar sehr optimistisch aufgemacht, denn neben einem Warenlager im Werte von 780 000 Mark werden Aussenstände in Höhe von 1,6 Millionen aufgeführt, von denen man nicht weiss, wie viele sicher sind. Darüber hinaus wird ein Grundbesitz von 8 Millionen Mark erwähnt, dessen Wert erstaunlich hoch erscheint. Die beteiligten Banken, die in der Hauptsache Hypothekenkredite gewährt haben, sollen mit der allmählichen Liquidation in der Form eines aussergerichtlichen Vergleichs einverstanden sein, um aus der vorhandenen Masse möglichst viel zu retten.

Man wird der neuen Pleite im Abzahlungsgeschäft nicht besonders nachzutrauen brauchen. Die privatkapitalistische Jagd nach dem Kunden in Form von Abzahlungsgeschäften, bei der man von Angestellten und Beamten spricht und wodurch nur genossenschaftliche und gewerkschaftliche Einrichtungen ähnlicher Art diskreditiert werden, ist eine wenig erfreuliche Erscheinung.

---

SPD. Die Sanierung bei der Berliner Installationsfirma David Grove A.G., an der auch die Stadt Berlin (über die Berliner Müllabfuhr A.-G.) beteiligt war ist jetzt durchgeführt. Der Hauptgläubiger, eben die Berliner Müllabfuhr A.G., wird zum Teil durch Sachwerte entschädigt. Die Gläubiger bis 500 Mark erhalten in drei Monaten Geld, die übrigen Gläubiger werden in Raten (bis zu 20 Monaten) abgefunden. Die Quote bei Grove beträgt demnach 100 %. Das Kapital wird dann im Verhältnis von 16 : 5 zusammengelegt und auf 500 000 Mark erhöht. Dadurch glaubt man, das Unternehmen, das technisch ohne Zweifel gesund ist, halten zu können.

---

SPD. Zu den Gesellschaften in Deutschland, die mit einer Rekorddividende aufwarten, gehört die Maschinenfabrik Schubert & Salzer A.-G. in Chemnitz. Auch diesmal zahlt sie aus einem Überschuss von 4,6 Millionen Mark eine Dividende von 16 %. Dabei sind die Abschreibungen recht beträchtlich (1,85 Millionen auf 3 Millionen) erhöht. Das Unternehmen, das besonders in der Textilmaschinenbranche tätig ist, klagt über verringerten Auftragsbestand. Für die Praxis der Abschreibungen ist erwähnenswert, dass das Unternehmen sämtliche Zugänge auf Anlagen auch jetzt wieder restlos abgeschrieben hat.

---

SPD. Im mitteldeutschen Braunkohlenrevier sind grössere Arbeiterentlassungen erfolgt. So haben die Bornaer Braunkohlenwerke 400 und die Sächsischen Staatswerke Böhlen 500 Mann entlassen. Die Gruben Viktoria (180 Mann), Witznitz (150), Braunsdorf (200) und Ramsdorf (270) sollen stillgelegt werden. Auf den "Kraft" Werken der Niederlausitzer Braunkohlenwerke kommen etwa 600 bis 700 Mann zur Entlassung.

---

Zeitgeschäft schwach, effektive Ware besser.

(Berliner Produktenbörse vom 24. Februar)

SPD. Auf Grund schwacher Auslandsmeldungen lagen die Eröffnungsnotierungen an den Märkten der Zeitgeschäfte der Berliner Produktenbörse am Montag beim Weizen um 3 Mark, beim Roggen um 1 - 1½ Mark niedriger und schwächten sich im Verlaufe der Börse noch weiter ab. Dagegen blieb die Tendenz im Handel mit effektiver Ware gut stetig. Beim Weizen war das Angebot recht knapp geworden, da man mit einer Verlängerung des Verzehrszwanges rechnet und die Mühlen gute Kauflust zeigten. Auch das Roggenangebot ist nicht mehr so stark wie noch vor einigen Tagen und wurde von den Stützungsstellen weiter zu unveränderten Preisen aufgenommen. Der Mehlmarkt stagnierte weiter vollständig. Die Mühlen zeigten zwar grösseres Entgegenkommen, konnten jedoch eine vermehrte Kauflust nicht erreichen. Am Hafermarkt bestand lediglich für den Export einige Nachfrage, wobei unveränderte Preise erzielt wurden. Das Angebot blieb weiter reichlich.

	<u>22. Februar</u>	<u>24. Februar</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	228 - 231	227 - 230
Roggen	159 - 163	159 - 163
Braugerste	160 - 170	160 - 170
Futter- und Industriergerste	140 - 150	140 - 150
Hafer	125 - 133	125 - 133
Loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	27,00 - 34,50	27,00 - 34,50
Roggenmehl	20,50 - 24,25	20,50 - 24,25
Weizenkleie	8,00 - 8,50	8,00 - 8,50
Roggenkleie	7,25 - 7,75	7,25 - 7,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 230½-238, Mai 250 bis 249 Brief, Juli 258½-257½. Roggen März 169, Mai 173½ und Brief, Juli 175½ bis 175. Hafer März 136½ - 135½. Mai 142½-142 Brief, Juli 147-146½ Brief.

#### Antliche Eiernotierung.

(24. Februar.)

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trink-eier (vollfrische, gestempelte) Sonderklasse über 65 Gramm 14, Klasse A 60 Gr. 12, Kl. B. 53 Gr. 10½, Kl. C 48 Gr. 8, frischer Eier, Kl. B. 53 Gr. 9½-10, aussortierte kleine und Schmutzeier 6½. Auslandseier: Dänen 18er 13½, Holländer, Durchschnittsgericht 68 Gr. 13½, 60-62 Gr. 11½-13, Belgier 60-62 Gr. 12, Rumänen 8, Ungarn 8-8½, Jugoslawien 7½, kleine, Mittel- und Schmutzeier 6½. In- und ausländische Kühlhauseier: extra grosse 8½-9, grosse 7½, normale 6-6½, Chinesen und ähnliche 5½-7, Kalkeier -, Witterung: schön. Tendenz flau.

#### Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner waggonfrei ab märkischen Stationen: Weisse 1,70 - 2, Rote und Odenwälder Blaue 1,80-2,20, Nierenkartoffeln 3,70-4,10, andere gelbfleische Kartoffeln 2,50-2,80 Mark, Fabrikkartoffeln 7¼ bis 8¼ Pfennige je Stärkeprozent.

# Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 15.

Berlin, den 24. Februar 1930.

## Die Frauen und die Bevölkerungsfrage.<sup>x</sup>

SPD. Wenn der Frau von der Natur die Rolle der Erhalterin und Bewahrerin des Lebens zugefallen ist, so kann heute den Frauen als Gesamtheit der Vorwurf nicht erspart werden, dass sie sich um die grossen, grundlegenden Probleme der Bevölkerungsfrage viel zu wenig bisher gekümmert und sie von ihrem Frauenstandpunkt aus gestaltet haben. Man hat uns in den letzten Monaten bedenkliche Zahlen zu diesem Problem aufgezeigt. Deutschland ist dem Punkte bedrohlich nahe, da es kein Wachstum des Volkes mehr, sondern nur noch langsames Sterben gibt. Namentlich die Arbeit von Dr. Friedrich Burgdörfer "Der Geburtenrückgang und seine Bekämpfung" spricht in ihrem Zahlenmaterial eine erschreckende Sprache. So erschreckend, dass sie allen Zukunftsglauben, alle aktive Arbeit lähmen könnte. Umso erfreulicher ist der Optimismus, der aus einer Artikelserie Gertrud Bäumers zum Ausdrucke kommt und zur Tat ruft.

Burgdörfer entwirft folgendes Zukunftsbild: "Die wahre Geburtenziffer bleibt heute bereits im 9 % hinter dem Mindest-Soll zurück. Mit der heutigen Geburtenziffer ist unser Volk bereits nicht mehr in der Lage, seinen Bestand zu erhalten. Es wird nach vorübergehendem Anstieg der Volkszahl um noch etwa 3 Millionen in Auswirkung des heute vorhandenen Geburtendefizits wieder zusammenschrumpfen auf die heutige Volkszahl, dann aber nicht etwa stationär werden, sondern - wenn es auch gelingen sollte, die heute schon ungenügende Geburtenziffer wenigstens in ihrer jetzigen Höhe aufrecht zu erhalten - weiter und weiter zusammenschrumpfen, ohne dass heute abzusehen ist, wo und wann das Abgleiten auf der abschüssigen Bahn zum Stillstand kommen wird." Dem gegenüber entwickelt Gertrud Bäumer einen anderen Gedankengang: Die Zahl der Eheschliessungen ist gegenüber der Vorkriegszeit auffallend gestiegen, vielleicht zum grossen Teil dank der wachsenden Erwerbstätigkeit der Frauen, die in sehr vielen Fällen eine frühere Heirat ermöglicht. Wenn die Geburten trotzdem absinken, so ist dies natürlich um so bedenklicher.

Aber, so führt Gertrud Bäumer mit Recht aus, man muss, um das Problem richtig erfassen zu können, die Geburtenziffer in Beziehung zur Wirtschaftslage setzen und auch die Statistik der Fehlgeburten heranziehen. Da zeigt sich denn, dass in den Zeiten, in denen die Erwerbslosigkeit am kleinsten, die Wirtschaftslage demnach relativ am besten war, also um die Mitte des Jahres 1924 (anfangs des Jahres 1925 sich auswirkend) die Geburtenzahl am grössten war und die Fehlgeburten am wenigsten häufig waren, während, wie Engelsmann in einer Untersuchung für die Stadt Kiel feststellte, die Fehlgeburten ganz deutlich erkennbar in den Familien mit mehreren Kindern und am Schlusse der Geburtenreihe und vor allem in Familien von Erwerbslosen häufig sind. Gertrud Bäumer zieht aus diesen Tatsachen den folgenden Schluss: "Man kann die augenblickliche Bevölkerungsbewegung in Deutschland nur auf dem Hintergrunde der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage Deutschlands beurteilen, und ehe man von einer biologischen Schwächung des Familienwillens redet, wird man sich mit aller Schärfe deutlich machen müssen, dass es vollkommen selbstverständlich ist, wenn der Arbeitslose Familienzuwachs zu vermeiden sucht. Darum soll man sich aber auch hüten, eine Erscheinung, die mit akuten wirtschaftlichen Schwierigkeiten ungeheuersten Ausmasses zweifellos zusammenhängt, in der Weise als Glied einer Ent-

Wicklungsreihe einzuordnen, wie Burgdörfer es tut, wenn er annimmt, dass dieser Entwicklung die Tendenz zu stetiger Progression inne wohne."

Der Gedanke ist also zwingend, dass, will man in der Bevölkerungsfrage helfend eingreifen, alles Moralisieren zunächst zwecklos ist, dass vielmehr positive Arbeit im Sinne einer aktiven Familienpolitik, eine Erleichterung des Lebenskampfes notwendig ist. Es erhebt sich nun die Frage, welches nächste Ziel dieser Arbeit unterstellt werden soll, ob man das Volk an Zahl oder an Qualität heben soll. Es ist beinahe selbstverständlich, dass Deutschland in diesem Augenblick schwerster wirtschaftlicher Krisis und Stagnation sich vor allem um Steigerung der Qualität eines Nachwuchses bemühen muss. In dieser Frage herrscht bei uns noch eine grosse Verwirrung. Gebunden an alte Anschauungen und eine erstarrte Tradition glaubt man Qualität mit höherer Schulbildung identifizieren zu können, glaubt man ein Absinken der Qualität unsres Nachwuchses aus der Tatsache ableiten zu können, dass der Nachwuchs des geistigen Mittelstandes an Zahl abnimmt. Mit Recht weist Getrud Bäumer darauf hin, wie viele unsrer Grossen des Geistes aus den Handwerkerschichten stammen, und wie abgründig falsch es andererseits ist, intellektuelle Qualität mit Qualität schlechthin gleichzusetzen. Wir sehen mit Angst und mit Schrecken, wie gross heute immer noch der Zudrang zu den akademischen Berufen ist, wie ungesund eine Entwicklung ist, die manuelle Begabung und Schulung vernachlässigt und gering schätzt und nahezu wahllos in allen Familien, die für ihre Kinder eine gute Ausbildung erstreben, nur die höhere Schule in den Vordergrund schiebt. Auch hierin können die Frauen von schweren Vorwürfen nicht freigesprochen werden. Mit Recht sagt Getrud Bäumer, dass bei dieser Einstellung der Eltern der Staat, wenn er eine rationelle Bevölkerungspolitik im Sinne einer Qualitätssteigerung des Nachwuchses treiben will, die Qualitätsauslese nicht den Eltern überlassen darf; mit anderen Worten, dass alle Vorschläge, die auf allgemeine gleichmässige Kinderzulagen als wesentliche bevölkerungspolitische Massnahme hinarbeiten, nicht richtig sind, ganz abgesehen davon, dass diese Kinderzuschläge, um auch nur einigermaßen wirksam zu sein, eine untragbare Belastung der Allgemeinheit darstellen würden. Burgdörfer rechnet einen Betrag von 240 Mark vom 3. Kinde an, Grotjahr 60 Mark monatlich vom 4. Kinde ab und 10 Mark monatlich mehr für jedes weitere. Das würde aber nach einer Rechnung, die auch sehr schematisch ist, bedeuten, dass schon 4 Kinderlose ein Kind zu erhalten hätten.

Dabei will Burgdörfer das System nach dem Einkommen gestaffelt wissen, aber wie sollen solche Summen aufgebracht werden, wenn man bedenkt, dass es hinwiederum die kinderlosen Erwerbstätigen sind, die ja fast immer innerhalb der Familie schon zur Erhaltung der alten Familienangehörigen herangezogen werden. Es ergibt sich also die Unmöglichkeit, eine solche Kinderzulage in solch weitem Umfange durchzuführen. Getrud Bäumer fordert stattdessen eine grosszügige, weitausschauende Familienpolitik des Staates, die sich in der Wohnungspolitik ebenso auszuwirken hätte wie in einer ausreichenden Erziehungsbeihilfe für besonders Befähigte, die garnicht grosszügig und weitausschauend genug gestaltet werden kann. "Wenn die Familien wissen," schreibt Gertrud Bäumer, "dass sie sich um das Fortkommen ihres tüchtigen Nachwuchses keine Sorgen zu machen brauchen, wird das gerade den Zukunftsglauben derer stützen und ermutigen, deren Fortpflanzung wir wünschen müssen. Nur so wird jene Verbindung von individueller Anspannung und sozialer Hilfe hergestellt, die allein den Aufstieg verbürgt."

SPD. Zurückgewiesene Klatschsucht.<sup>x</sup> Eine Kollegin sagt zu einer gefeierten Schauspielerin: "Weisst du, du bist besser als dein Ruf. Man hat mir gesagt, du seist böse....."

"Ach, wenn man den Leuten glauben wollte! Man hat mir gesagt, du seist gut."

## Mein Mann kocht Tee.<sup>x</sup>

SPD. "Sei mal nett," sagte ich zu meinem Mann, als wir von unserm winterlichen Weekend nach Hause kamen. "Ich bin todmüde, und das Mädchen schläft schon! Koch du doch mal heute den Tee!" - Aufseufzend erhob sich mein Mann aus seinem weichen Clubsessel und ging in die Küche. Nach einer Viertelstunde war er wieder da. "Sine keine Streichhölzer da?" fragte er.

"Aber sie liegen doch immer rechts neben dem Gaskocher," sagte ich.

Er ging und erschien zum zweiten Male wieder. "Ich kann sie nicht finden." Ich gab ihm welche vom Rauchtisch, und erfreut lenkte er seine Schritte wieder nach der Küche. Auch ich freute mich. Nämlich auf den warmen Tee, den ich schon im Geiste in der Kanne dampfen sah. Aber wieder öffnete sich die Tür und mein Mann stand auf der Schwelle. "Das Gas brennt nicht," sagte er.

"Du wirst vergessen haben, den oberen Hahn zu öffnen," belehrte ich ihn.

Nach etwa vier Minuten kam er zurück. "Es brennt!" sagte er strahlend. "Aber weisst du, ich glaube nicht, dass ich den Tee finden werde. Ich habe schon den ganzen Küchenschrank durchgesehen und dabei gleich ein bisschen Ordnung gemacht. Der Honig ist mir zwar ausgelaufen, aber er ist nur ins Salzfass geflossen. Sicherlich ist er noch zu verwenden -"

"Es ist wohl Zeit, den Tee einzuschütten." Vor Müdigkeit wankend stand ich auf. Ich wollte mir die Sache nun doch lieber mal selbst besehehn. Als ich die Küchentür öffnete, strömte mir ein scharfer Gasgeruch entgegen. Das Gas war durchgeschlagen, und eine kleine blaue Flamme züngelte aus dem Schlauchende. Das Wasser war noch eiskalt. Etwa 15 Streichhölzer lagen auf dem Ofen und an der Erde herum, und der Speiseschrank, den ich gleich einmal - nichts Gutes ahnend - inspizierte, bot ein Bild greulicher Verwüstung.

Mit dem letzten Streichholz zündete ich die Flamme neu an und entdeckte dabei, dass die Streichholzschachtel des Mädchens natürlich auf ihrem gewohnten Platze rechts neben dem Gaskocher lag. Ich kehrte zu meinem Manne zurück, um das Heisswerden des Wassers abzuwarten. Beinahe wäre ich über ihn gestolpert, denn er lag im Zimmer vor dem Teetisch auf der Erde und beeilte sich, sämtliche Stücke Zucker, die ihm beim Vorbereiten der Teetassen heruntergefallen waren, vor dem zuschnappenden Bello zu retten, indem er sie mit beiden Händen auf dem Teppich zusammenscharfte. Der Hund bellte, und der Knieende verteidigte den Zucker mit Armen und Beinen.

Nach ein paar Minuten war der Tee nun wirklich fertig. Ich schenkte ihn in die Tassen. Aber ehe ich die meine an die Lippen setzte, fragte ich unter einem plötzlichen Verdacht: "Ja, also, Walterchen, wo hast du denn nun eigentlich den Topf zu dem Tee hergenommen? Ich war so müde - war denn das auch bestimmt unser richtiger Teetopf?"

"Das weiss ich nicht. Es war eine Flüssigkeit drin."

"Wo hast du die Flüssigkeit hingetan?"

"In den Milchtopf."

"Und die Milch?"

"In die Petroleumkanne."

Mit graute. - - Was war das nur für eine Flüssigkeit gewesen? In weitem Bogen goss ich den Tee aus dem Fenster. "Du willst mir bloss den Appetit verderben," sagte mein Mann.

Ich sah den Tee in seiner Tasse an. Er war grün. Nun begriff ich. Mein Mann hatte den Topf mit Oelfarbe erwischt, der von den Handwerkern im Schlafzimmer seit zwei Tagen vermisst wurde, und hatte ihn für einen Kochtopf gehalten.

Man soll Männer keinen Tee kochen lassen! Und wenn man noch so müde ist --  
Lotte Meckauer.



## Reiseerlebnis.<sup>x</sup>

SPD. In Wien erkrankte Johanna. Das Ersparte langte noch für ein paar Wochen Erholungsheim; als es aber nicht besser werden wollte, blieb kein anderer Ausweg als heimzukehren. Sie trennte sich ungerne; sie konnte kein Ende finden mit Abschiednehmen. Schliesslich sass sie doch im Zuge und fuhr der deutschen Grenze zu.

In S., der letzten grösseren österreichischen Stadt auf ihrer Strecke, stieg sie aus, um die Nacht in einem Gasthause zuzubringen. Dieser Nacht folgte ein Tag und eine zweite Nacht und noch ein Tag - sie konnte sich auch von diesem Orte nicht trennen. Sie schlenderte durch die schmalen Gassen mit den schönen alten Giebelhäusern, bestaunte die zierlichen Schlösser an den grossangelegten Plätzen, sass in den gepflegten Parkanlagen und schaute sehnsüchtig hinauf zu den Bergen, die rings um die Stadt das herrlichste Panorama bildeten. Sie redete sich ein, es müsse möglich sein, in dieser lieblichen Stadt zu bleiben, und fing an, sich nach einem leichten Büroposten umzusehen. Einmal als sie, die Tageszeitungen durchstöbernd, im Kaffeehause sass, hörte sie ein junges Ehepaar von einem Zimmer reden, das ihnen angeboten worden sei, und das sie wegen ihrer beschleunigten Abreise nicht würden bewohnen können. Johanna horchte auf, sprach die Leute an und fragte, ob sie ihr die Adresse überlassen würden? Das geschah bereitwillig, und so zog Johanna aus dem Hotel in das billigere Privat-Logis. Ihre Wirtin war eine stattliche Frau, der die hübsche Tracht dieser Gegend sehr gut stand. Als Johanna ihr die Miete für vierzehn Tage im voraus geben wollte, wehrte sie mit lebhafter Höflichkeit der Fremdenstadt-Einwohnerin ab: so viel Vertrauen hätte man schon zueinander!

Auf diese Weise erschien es Johanna, als ob sie noch ziemlich viel Geld besässe. Sie setzte ihre sinnlosen Bemühungen um eine Stellung fort; sie war nun einmal wie verliebt in den österreichischen Boden!

Da fingen zu ihrem Erstaunen die Lebensmittel an, von Tag zu Tag teurer zu werden. Bald kostete ein Ei 120, bald darauf schon 300 Kronen. Ehe sie sich versah, musste sie hungern. Sie versuchte, sich mit Salzwasser zu sättigen. Es war der Beginn der Inflation.

Zur Heimreise langte das Geld schon lange nicht mehr; und wovon hätte sie die Miete bezahlen sollen? Sie fasste sich ein Herz undklärte die Wirtin schliesslich über ihre Lage auf. Die gute Frau weinte beinahe. Sie hätte so fest auf diese Einnahme gerechnet! Da war die Krankheit des Mannes gewesen mit vielen unvorhergesehenen Ausgaben! Hätte sie sonst ihre Schlafstube in der schon ohnedies engen Wohnung an eine Fremde abgegeben?

Johanna wollte sie trösten. Sie würde versuchen...aber sie wusste selbst nicht, was sie versuchen könnte. Es war wirklich eine verzwickte Lage. In ihrer Verlegenheit griff sie nach Frau K.'s Hand und sagte, sie hätte ein wenig die Fähigkeit, das Schicksal darin zu lesen. Sie schaute lange hinein, ehe sie sagte: "Sie haben eine stille Liebe..Ihr ganzes Leben hindurch... es ist, als ob Er auf einem Stern wohne.." Frau K. staunte. Dass sie das raten könne! Denn es sei ja wahr, aber niemand auf der Welt wisse davon! Und ihr Herz schloß sich auf gegen das fremde Fräulein. Als junges Mädchen habe sie sich in einen deutschen Handwerksburschen verliebt, der bei ihrem Onkel gearbeitet habe. Der sei dann wieder fort gezogen; sie habe einen anderen geheiratet, aber jenen nie und nimmer vergessen können. Aus einem Kästchen zog sie einen kleinen Zettel; ein Gruss und sein Name standen darauf. In Hamburg habe er sich als Meister niedergelassen. Das sei alles, was sie von ihm wisse. Wenn das Fräulein einmal nach Hamburg käme und sich erkundigen würde....

Die Beiden sassen noch lange beieinander an diesem Abend, nachdem Johanna auch ihr Salzwasser eingestanden und ein gutes Hausmannskostgericht ihren brüllenden Magen beruhigt hatte. Je tiefer sie in diese einfache, treue Seele sah, desto mehr schmerzte es sie, die Frau um ihr Geld bringen zu sollen. -

Am andern Morgen stellte Johanna ihr gepacktes Kofferchen vor Frau K. hin und schärfte ihr ein: "Ich gehe aufs Konsulat. Wenn jemand sich hier nach mir erkundigen kommt, so erklären Sie: ich hätte keine Miete bezahlt; Sie gäben mein Gepäck nicht heraus!"

"Aber so streng kann ich ja garnicht sein," wandte die Frau bescheiden ein. "Das müssen Sie!" rief Johanna, drängte ihr den Koffer auf und verschwand

Auf dem Konsulat kämpfte sie einen harten, aber endlich siegreichen Strauss um die Erlangung von Reisegeld und Miete aus. Schliesslich kehrte sie freudestrahlend mit Fahrkarte und Zimmergeld zu der Wartenden zurück. Es hätte nicht einmal der ausgedachten List bedurft. Die Inflationswirrnis deckte sogar ihre närrische Neigung für Österreich zu.

Der Abschied war herzlich. Noch manche Postkarte wurde zwischen Deutschland und Österreich gewechselt. Aber nach Hamburg kam Johanna nicht, und so weiss der brave Sattlermeister noch heute nicht, dass man ihn unten im Österreichischen nicht vergessen kann.

K.Dorf.

---

### Zehnjahresfeier der Arbeiterwohlfahrt.

---

SPD. Am Sonntag, dem 23. Februar, beging der Hauptausschuss für Arbeiterwohlfahrt mit einem würdigen Festakt im Plenarsaal des Preussischen Staatsrats in Berlin die Feier seines zehnjährigen Bestehens. Der preussische Ministerpräsident Braun, der Reichsarbeitsminister Wissell, der preussische Landtagspräsident Bartels und Vertreter zahlreicher öffentlicher Körperschaften hatten durch ihr Erscheinen zum Ausdruck gebracht, wie hoch sie die geleistete Arbeit der Organisation bewerten. Innerhalb von zehn Jahren ist es gelungen, die Arbeiterwohlfahrt zu einer Spitzenorganisation der freien Wohlfahrtspflege auszubauen.

Wie die Reichstagsabgeordnete Marie Juchacz in ihrer Ansprache als 1. Vorsitzende des Hauptausschusses sehr treffend ausführte, sind die Anfänge der Arbeiterwohlfahrt nicht erst zehn Jahre alt, sondern haben ihre Wurzeln in vielen Akten der Solidarität des Proletariats gegenüber seinen eigenen Klassegenossen. Die Organisation, die man sich dann schuf, wurzelt auch heute noch fest in der grossen Arbeiterbewegung. Die Staatsform der demokratischen Republik garantierte ihr eine rasche Entwicklung. Auch in Zukunft wird es die Arbeiterwohlfahrt für ihre vornehmste Pflicht erachten, am Ausbau der Wohlfahrtsgesetzgebung mitzuarbeiten. - Als Vertreter der Berliner Arbeiterwohlfahrt sprach Franz Künstler, der besonders die vielen sozialen Ausgaben der Gemeinde Berlin beleuchtete, um deren Lösung die Arbeiterwohlfahrt stets bemüht gewesen ist.

Der künstlerische Teil der Feier, die auch durch Rundfunk übertragen wurde trug viel zu ihrer würdigen Gestaltung bei. Besonders eindrucksvoll war der Sprechchor "Erlösung" von Bruno Schönlink. Rote Tulpen, die das ganze Podium verkleideten, und das Banner der Arbeiterwohlfahrt - das goldene Herz mit den Initialen auf rotem Hintergrunde -, das den Saal schmückte, ergänzten harmonisch das äussere Bild der Feier, die sich erfreulich von den üblichen konventionellen Jubiläumsfeiern unterschied.

I.M.

---

SPD. Neuzeitliches Bildungsbedürfnis.<sup>x</sup> Im Schaufenster eines Fleischhauerladens war auf einem Aushang zu lesen: Strebsame junge Dame möchte Menge's Wörterbuch Latein-Deutsch (Schulausgabe) gegen modernen Tanzunterricht eintauschen

---

## Das Schicksal dieser Nacht.<sup>x</sup>

SPD. Terrasse eines Kaffeehauses um Mitternacht. Die Elektrischen gehen schon seltener. Schaukelnde Lampen und Laubgerank täuschen Oase in der Steinwüste vor, Die grosse erleuchtete Uhr vom Bahnhof hängt hell und losgelöst in der schwarzen Nacht und ist ein zweiter Mond.

Die Gäste sind spärlich. Nur selten setzt sich noch ein neuer Passant: Überall wird gezahlt. Die Kellner stellen bereits ganz hinten Stühle auf die Tische und zählen die Zuckerschälchen.

Am Rande der Strasse sitzt ein junges Mädchen. Kaffee steht unberührt vor ihr. Sie mag schon viele Tassen heute bestellt haben. Hier oder drüben oder weiter unten am Bahnhof. Sie treibt ihr Geschäft noch nicht lange. Ist jung und unruhig. Beim Hochbetrieb zwischen den Bahnhöfen fällt sie nicht auf. Sie hat noch nicht jenen Kniff heraus, der das Reizvolle an ihr herausspringen lassen würde wie eine Lichtreklame. Die Laterne spiegelt über ihr blasses Gesichtchen. Und sie braucht sich doch nur die Brauen stärker nachzuziehen, um plötzlich interessante Züge, die fesseln, zu haben.

So blüht noch Jugend ungeformt und regungslos vom hellen Haar zum Halse hinunter. Wie lange mag sie aus dem Walddörfchen oder der kleinen Stadt schon hier sein? Viele bleiben schon im bunten Schlamm der Provinzbahnhofsviertel stecken. Dieser hier spülte ein günstiger Wind bis ins Zentrum des Handels, dessen Börsen keine Phetage kennen, und wo Sonntags die Kurse noch höher notiert werden als in der Woche.

Sie wartet. Und zittert. Es ist spät. Man kann nicht mehr ablehnen, Selbst wenn man sich fürchtet. Selbst wenn man sich ekelt. Sie sieht in einen kleinen Taschenspiegel. Rechnungen ziehen darauf vorüber, eine nach Miete ausgestreckte Hand. Aus einem Baume fliegt ein bis in die Nacht ihr ins Gehör verwehter Fluch des Schusters um dreissig Mark wie ein Stein gegen den Kopf. Ihr Herz klopft. Drüben weht in kurzen Stössen, wenn die Tür geöffnet wird, Musik aus einem Lokal. Sie hört aber nur knarrende Stufen, das Mitschen von Wachsstreichhölzern, einen heiseren Ausruf, und ihre Nase ist voll von der Moderluft staubiger Plüschvorkänge.

Gerade als unten vor der Steinbalustrade ein eingeschlafenes Kind vorbeigetragen wird, das einen Luftballon krampfhaft in der Faust hält, während die Mutter unwillig die Last schleppt und vielleicht die Stunde verflucht, die sie ihr gab, betritt das Schicksal das Café. Es kommt heran, mustert, legt einen dicken Finger mit einem zerborstenen Nagel an den Strohhut und setzt sich. Bestellt rasch ein Bier. Der geölte Scheitel neigt sich nach vorn. Die Augen schnuppern. Dann gehen sie über die übrigen Tische. Verweilen hier, verweilen dort, kehren zurück. Dann öffnet sich unter von Brillantine glänzendem Schnurrbart ein Mund, ein grosser, ungepflegter Mund mit rissigen Lippen und einer kleinen Blase im linken Winkel, und irgendwoher kommt eine Stimme: "So spät noch, Fräulein . . ."

Mit gesenktem Kopfe, wie ein Verurteilter das Beil des Henkers, empfängt das Mädchen diese Anrede. Und widerstandslos hisst sie ein armseliges, falsches Lächeln vor dem Schicksal dieser Nacht.

Manfred Georg.

---

SPD. Das letzte Mittel.<sup>x</sup> Als eine einstmals berühmte Pariser Schauspielerin sehr alt geworden ist, besucht sie einer ihrer guten Freunde, kommt atemlos und erschöpft im vierten Stock an. "Vier Etagen, das ist verdammt hoch", sagt der Besucher. "Was wollen Sie, mein Freund", sagt die alte Künstlerin. "Das ist das einzige Mittel, das mit übrig geblieben ist, um die Herzen der Männer schlagen zu lassen."

# Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S · P · D

Berlin, den 24. Februar 1930.

Mark, nichts als Mark.<sup>x</sup>

SPD. Ich hatte Onkel Alois seit meiner frühesten Kindheit nicht mehr gesehen. Damals war der Onkel jungverheiratet nach Amsterdam gefahren und hatte bis vor kurzem nichts von sich hören lassen, ausser einer Weihnachtskarte alljährlich: sowohl der Schreibraum als auch die Bildseite waren dicht besetzt mit Preisangaben verschiedenster Dinge. Mein Vater lachte dann immer und erzählte uns die lustigsten Geschichten von seinem Bruder, der schon als Kind die Eigentümlichkeit besessen hatte, von jedem Ding, das er sah, als erstes den Preis wissen zu wollen.

Nun waren also Onkel Alois und Tante Emma wieder in Berlin und hatten mich, gleich nach ihrer Ankunft, zu sich geladen.

Er werde mich am Bahnhof erwarten, schrieb Onkel, und als Erkennungszeichen mit einem blauen Taschentuch (Züricher Seide, 2 Mark 50) winken.

+ + +  
Richtig, da stand er auch und fuchtelte mit seinem blauen Seidentuch, wie ein Bahnwärter, dem man die Schienen auf sein Häuschen zu verlegt hatte. "Grüss Gott, mein Jungensiehst ja prächtig aus! Und elegant! Anzug nach Mass, 200 Mark, wie? -- Und Tadellose Krawatte, mindestens 5 Mark? Na, denn man los!" Und schon schob er mich durch das Gedränge zum Autopark. "Hallo, Taxi! 6 Mark -- -- wollte sagen: Schillerstrasse 29. Wird so gegen 6 Mark ausmachen, wie?"

Der Chauffeur staunte und fuhr los. Während der Fahrt schätzte Onkelchen meine ganze Kleidung durch, und als er gerade bei den Strumpfbändern angelangt war, stoppte das Auto vor seiner Villa. Tante Emma kam uns stürmisch entgegen und empfing mich: "Willkommen, Walter, das Bad ist schon gerichtet: neue Badewanne, 150 Mark, prachtvolles Stück. Eile dich nur; heute gibt es dir zu Ehren herrliches Schweinefleisch, 1 Mark 40 das Pfund!"

Die Arme ist auch schon preistoll, dachte ich mir beim Hinaufgehen, und wartete gespannt auf die detaillierte W.C.=Preisliste....

Während des Essens erfuhr ich durch sie, von der Kredenz angefangen bis zum Zahnstocher, den Preis der gesamten Speisezimmereinrichtung.

Hoffentlich haben sie keine allzu grosse Wohnung, wünschte ich im Stillen, sonst werden wir vor Abend nicht fertig. Gott sei Dank aber schlug mir die Tante bald darauf vor, mit ihr spazieren zu geben. Ich atmete auf., jedoch zu voreilig: wir waren nämlich kaum auf der Strasse, als das Schätzen auch schon wieder begann: den Kashajumper vor uns, das Crepe de Chine=Kleid rückwärts, das Kanalgitter links, den japanischen Palasthund rechts und die Antenne in den Lüften. Als Tantchen gerade wieder beim Vordermann beginnen wollte, traf sie zwar leider nicht der Schlag, wohl aber eine heftige Migräne, die sie bewog, schleunigst umzukehren. Diese Migräne bewahrte mich davor, ein Verbrechen zu begehen: denn hätte Tante Emma damals noch eine einzige Zahl genannt, so wäre es unfehlbar um sie geschehen gewesen.....

Später sassen Tante, die Gott sei Dank noch immer litt, und ich friedlich beim Nachmittagskaffee, als plötzlich Onkel Alois wie ein gekitzelter Eber hereindonnerte und begeistert brüllte: "Hurra, Kinder! Heute abend gehen wir in die Oper!! Habe drei Parkettsitze gekauft, 15 Mark pro Stück!!! Man gibt Lohengrin."

Das war zu viel. Ein Ruck ging durch mich. Ich schnellte auf. Steckte noch rasch ein silbernes Buttermesser zu mir und rannte, eine unartikulierte Entschuldigung stammelnd, davon.

Mit einem Fahrplan in der Tasche schlich ich dann leise die Treppe hinauf, packte eilig meinen Koffer und fuhr nach dem Bahnhof. Als mir der Mann am Schalter die Fahrkarte einhändigte und den Preis nennen wollte, liess ich ihn erst gar nicht aussprechen, sondern brüllte auf sein artiges: "Kostet, bitte..." in höchster Wut: "Fünfundzwanzig Märker, wees schon, Sie Idiot!!" Zu meinem Glück hielt er mich im ersten Augenblick für verrückt. Ob er sich aber später eines anderen besann, weiss ich nicht, weil ich gleich darauf, herzlich aufatmend und das Buttermesser befriedigt aus der Tasche ziehend, abrollte.

Damit war es lange noch nicht aus. Kaum hatten sich meine Gemütswoagen etwas gelegt, als ich mein Gegenüber, ein entzückendes, schwarzes Käferchen, mit den Worten ansprach: "30 Mark, liebes Kind..." Sie liess mich aber gar nicht weiter reden, sondern sprang entrüstet auf, pfeilte mich mit funkelnden Augen erbost an und lief, etwas von niederträchtiger Gemeinheit faselnd, in das nächste Abteil. Und ich wollte ihr doch nur meine Vermutung über den Preis ihres reizenden Hütchens äussern.

Da merkte ich zu meinem grössten Schrecken, dass ich von Onkel Alois angesteckt worden war.

+ + +

Seither besuche ich wöchentlich zweimal den berühmten Psychoanalytiker Professor Mathias Seelentrost, der mir erst unlängst versichert hat, eine Heilung sei nicht ausgeschlossen.

Harald Spitzer.

---

#### Feme im Schatten der Freiheitsstatue.<sup>x</sup>

---

SPD. In Ocilla, im Staate Georgia, wurde ein Neger, der wegen Mordes an einem vierzehnjährigen weissen Mädchen festgenommen worden war, von einer Menge Weisser der Polizei entrissen, mit Knüppeln halb totgeschlagen und dann auf einem Scheiterhaufen, mit Benzin übergösse lebendig verbrannt.

Die vorstehende Pressemeldung, die uns vor einigen Wochen über den Atlantik gekabelt wurde, gaben fast alle europäischen Zeitungen in dieser lakonischen Kürze wieder. Das ist umso unverständlicher, als gerade die amerikanischen Telegraphenbüros in der Aufmachung von Sensationsnachrichten nicht geizen. Mancher kritischer Leser wird sich die Frage gestellt haben, wie es möglich war, dass man bei der Nachricht, die bei einem entsprechenden Vorgang in Mittel- oder Westeuropa ungeheures Aufsehen erregt hätte, kommentarlos zur Tagesordnung übergehen konnte. Vielleicht ist das Tempo der Zeitungsherstellung schon so rasend geworden, dass die Redakteure nur noch in ganz aussergewöhnlichen Fällen eine Meldung glossieren können. Vielleicht aber liegt der Staat Georgia noch so abseits vom Blickfelde des Durchschnittseuropäers, dass die grosse Presse mit Recht bei ihrer Lesermasse nicht genügend Resonanz voraussetzen braucht, um im Namen der Menschlichkeit gegen das feigste aller Verbrechen, die Lynchjustiz, in den Vereinigten Staaten zu protestieren.

Georgia, wo die schauerliche mittelalterliche Mobjustiz ihr jüngstes Opfer auf dem Scheiterhaufen zu Tode brachte, hat den traurigen Ruhm, der Staat zu sein, der die grösste Anzahl von Lynchmorden in seinen Grenzen zählt. Obwohl

das Land die absolut stärkste Negerbevölkerung aufweist, wurden dort in den letzten vierzig Jahren nicht weniger als vierhundertdreißig Neger, aber nur vierundzwanzig Weisse gelyncht. Selbst von dem Staate Mississippi, der eine Neger-Mehrheit besitzt, wird die schauerliche Rekordziffer von Georgia auch nicht einmal annähernd erreicht.

Man muss schon eine ganze Anzahl Jahre in der Geschichte der amerikanischen Union zurückblättern, um auf die ersten Fälle der grausamen Lynchmorde zu stossen. Irrtümlich wird die amerikanische Feme auf Charles Lynch aus Lynchburg zurückgeführt. Lynch wurde von Farmern als unumschränkter Richter eingesetzt, um gegen den überhandnehmenden Pferdediebstahl energisch vorzugehen. Seine schärfsten Massnahmen waren indessen nur Auspeitschung und Landesverweisung. Er kann also keineswegs als der Vater der Lynchjustiz angesprochen werden. Vor dem Jahre 1830 gab es in den seltensten Fällen gesetzlose Hinrichtungen durch Volksversammlungen und Ausschüsse, nur leichtere oder schwerere Züchtigungen. Erst nach diesem Zeitpunkte setzte die Mobjustiz ein. Die Lynchrichter "befreiten" meistens ihre Opfer, die rechtmässig verurteilt wurden, aus den Händen der irdischen Gerechtigkeit, um sie dann unter den grausamsten Martern zu Tode zu quälen.

Das Volk ist gleichzeitig Richter und Henker. Ein leichter Verdacht, eine hastig gemurmelte Anklage genügt, und der Mob verlangt die Auslieferung. The order was perfect (das Urteil war perfekt) registrieren die Zeitungen in wenig aufregender Weise. Je schwächer das Land besiedelt ist, umso unheimlicher wütet die Selbsthilfe. In den ländlichen Bezirken wird sie von den "Weisskappen" oder "Regulatoren" veranstaltet. Die grösste Schuld trifft die Gemeinwesen selber, da sie für die Einrichtung geordneter Verwaltungen nicht sorgen, nicht aber die Grenzpioniere, die oft aus der Not eine Tugend machten, wie etwa die Vigilanzausschüsse in Kalifornien um 1851 und 1856. Die "Weisskappen" (heute: Ku-Kur-Klan) gehen mit den brutalsten Mitteln vor, um sich unangenehme Leute zu entledigen. Nachts erscheinen sie vor dem Hause des Verfehten, in weisse Bettlaken gehüllt, brechen mit Gewalt ein, ziehen ihr Opfer splinternackt aus, übergiessen es mit heissem Teer, wälzen es dann in Federn und peitschen es zum Schlüsse mit der "neunschwänzigen Katze" (einem in den angelsächsischen Ländern bekannten Marterwerkzeug) zum Orte hinaus.

In den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde die Lynchjustiz auch im Westen und in den älteren Landesteilen allgemein üblich. Der Viehkrieg in Wyoming um das Jahr 1892 sah den Höhepunkt der Gesetzlosigkeit. Das Lynchsystem nahm unter der Wirkung der Rassegegensätze ungeahnte Formen an. Von einem bekannten Psychoanalytiker wird diese amerikanische "Krankheit" auf geschlechtliche Eifersucht der Weissen gegenüber der angeblich höheren Potenz der Schwarzen zurückgeführt. Vielfach gab man vor, dass man weisse Frauen schützen wollte. Ein Neger wurde ermordet, weil er einem weissen Mädchen zugeflüstert hatte: "Ich möchte Ihr Bräutigam sein". Von den seit 1882 gelynchten Negern waren nur wenige wegen Notzucht verurteilt. In 90 von 100 Fällen büsst Menschen ihr Leben für Hühner- und Schweinediebstähle ein. Das Negerinstitut in Tuskegee (Alabama) führt eine fast lückenlose Statistik. Von 1885 bis 1930 sind etwa fünftausendfünfhundert Menschen gelyncht worden, etwas viertausend Neger und fünfeinhundert Weisse. Die höchsten Mordziffern weisen die Jahre 1884 mit zweihundertelf Opfern und 1892 mit zweihundertfünfunddreissig Opfern auf.

1891 wurde zum ersten Male das Gewissen der Welt durch den scheusslichen Mord an elf Italienerinnen in New Orleans in Erregung versetzt. Bis dahin wurden oft reine Kanibalenfeste öffentlich in Szene gesetzt. Die Bahnen legten Extrazüge für Frauen und Kinder ein, um sie an den Ort zu befördern, an dem ein Lynchgericht bevorstand. Die Greuelszenen wurden photographiert, und die Zeitungen schickten Sonderberichterstatter. Ein Beispiel von den vielen öffentlichen Mordtaten: Der Neger Walker hatte in Coatsville (Pennsylvanien) den Polizisten Rice, der ihn bei einem Diebstahl ertappte und verhaften wollte, erschossen. Der Mörder flob. Als er sah, dass er nicht mehr entkommen konnte, schoss er sich eine



Kugel in den Kopf. Der Schuss aber war nicht tödlich. Der Neger wurde ins Spital als Gefangener gebracht. Eines Tages erschien der Mob, band Walker mit Ketten an sein Bett und schleppte ihn auf den bereits errichteten Scheiterhaufen. Als die Flammen den Neger erreichten, versuchte er, wahnsinnig vor Schmerzen, mit dem Bett aus dem Feuer zu springen. Mit weissglühenden Eisenstangen stiess man ihn dreimal zurück. Nur die Ketten, um die sich Weiber stritten, fand man noch nach der Exekution. In gewöhnlichen Fällen begnügten sich die Lynchrichter mit den verkohlten Knochen ihrer Opfer als "Andenken".

Die Eingeborenen der Südseeinseln würden sich schämen, solche Verbrechen zu begehen, die im "Land der Freiheit" von zivilisierten Menschen noch alljährlich begangen werden. Wenn man aber hört, wie selbst die Polizei bis vor nicht allzu langer Zeit passiv der Mobjustiz zugesehen hat, so ist die Einstellung der Hefe der Bevölkerung, die aus allen Ländern der Welt in den Staaten der Union zusammengekommen ist, immerhin verständlich. Wie das Leben eines Negers gewertet wird, sagt der oft wiederholte Ausspruch eines Polizeichefs der Südstaaten: "Wir unterscheiden drei Arten von vorsätzlicher Tötung. Wenn ein Neger einen Weissen tötet, so ist das Mord. Wenn ein Weisser einen Neger tötet, so ist das gerechtfertigte Tötung. (justifiable homicide). Wenn ein Neger einen Neger tötet, bedeutet das - einen Nigger weniger!" Die Lynchjustiz ist fast ebenso ein Volksvergnügen wie das Baseballspiel und das Gummikauen. Kein Wunder, dass man mit allen möglichen Mitteln und Mittelchen der "amerikanischen Pest" zu steuern versucht. Die Kirchen führen Ehrenlisten, in die ein Staat eingetragen wird, wenn der Richter Lynch sich in einem Jahre einmal kein Opfer geholt hat. Von den 48 Staaten der Union sind nur acht von der Mobjustiz bisher gänzlich verschont worden. Vier Staaten beanspruchen für sich den traurigen Ruhm, nur Weisse, und zwei andere Staaten, nur Neger ins Jenseits befördert zu haben.

Die Mordkurve zeigt heute eine absteigende Linie. Elf Morde im Jahre 1929 sind der grösste Tiefstand seit 45 Jahren. Die Hinrichtungsarten nehmen aber an Grausamkeit zu. Solange gegen den feigen Lynchmord nicht die schärfsten staatlichen Machtmittel eingesetzt werden, wird eine Ausschaltung des Richters Lynch nicht zu denken sein. Noch ist die amerikanische Oeffentlichkeit weit davon entfernt, sich energisch die furchtbare Geissel vom Halse zu schaffen, denn erst im Jahre 1922 wurde die Dayer Lynching Bill, die die Heranziehung der Distrikte zum Schadenersatz des Sheriffs und der Sicherheitsbeamten, in deren Bezirk der Mord vorkommt, vom amerikanischen Kongress abgelehnt. Es ist ja auch kein Wunder, dass der Gesetzentwurf, der nur von Arbeitervertretern unterstützt wurde, in der Versenkung verschwand, denn die Lynchjustiz ist das bequemste Mittel unerwünschte Elemente zu beseitigen, und dazu gehört naturgemäss auch das revolutionäre Proletariat. Die streikenden Bergleute von Arizona, die von Betriebsleitern und gedungenen Mördern gelyncht wurden, sind der beste Beweis dafür, dass Richter Lynch in der amerikanischen Union noch notwendig gebraucht wird. Je schärfer die sozialen Spannungen werden, desto früher wird er sein blutiges Gewerbe wieder auf breitere Basis stellen.

Norbert Bachrach.

---

SPD. Für die Einführung der Lateinschrift in Persien. In der in Teheran erscheinenden grossen persischen Tageszeitung "Schafak Sork" tritt Ahmed Amin dafür ein, dass Persien dem türkischen Beispiel folge und ebenfalls die persische Sprache anstatt mit den arabischen mit Lateinbuchstaben schreibe. Ahmed Amin legt bereits ein fertiges System für die Transkription des Persischen mit Lateinbuchstaben vor. Der Artikel hat in ganz Persien das grösste Aufsehen erregt und wird von der gesamten Oeffentlichkeit lebhaft diskutiert.

---

## Im heiligen Köln.

SPD. Berlin ist eine leichtsinnige Stadt, und sein sittliches Renommee lässt zu wünschen übrig. In Berlin gedeihen die Revuen; frivole Theaterstücke wie der Marieluise Fleisser "Pioniere in Ingolstadt" oder Ungars "Gartenlaube" fegt kein Sturm der Entrüstung hinweg; die Familienbäder sind Selbstverständlichkeiten; Magnus Hirschfeld unterhält ein Institut für Sexualwissenschaft, und was dergleichen Schweinereien mehr sind. Kein Wunder, dass ich beglückt war, mich einmal ein paar Tage in reinerer, geläuterter Atmosphäre aufhalten zu können, im heiligen Köln nämlich, dieser Hochburg der Frömmigkeit, die schlüpfrige Dramen in ihren Mauern nicht duldet und deren Oberbürgermeister, ein fanatischer Treuhänder unverdorbenen Geschlechtsmoral, sich vor einiger Zeit die Mühe nicht verdriessen liess, die in einem Museumsraum getätigten Kussbeziehungen, die ein Kommunalbeamter mit einer Kommunalbeamtin pflog, vom Fenster gegenüber unter die strenge Kontrolle seiner mit Recht entsetzten Augen zu nehmen.

Mein Kölner Freund führte mich durch diese schöne Stadt. Zunächst zeigte er mir, wie sich das von selbst versteht, den Dom. Zufällig lenkte ich dann meine Schritte in westliche Richtung. Mein Freund war damit jedoch nicht einverstanden "Wenn wir in dieser Richtung weitergehen", sagte er, "sind wir in drei Minuten in Kietz". Drei Minuten vom Dom - - der Kietz? Ich war überrascht. Aber Unterwelt muss schliesslich sein. Nur wollte ich nicht verstehen, warum ich mich hermetisch gerade gegen die von Köln abschliessen lassen sollte, auch wenn sie dem Dom benachbart ist. "ja", sagte mein Freund und zog das Gesicht in Falten, "Kietz und Kietz ist zweierlei. Der Kölner Kietz ist der unangenehmste, den ich jemals kennen gelernt habe. Übergangsexistenzen, wie anderswo, gibt's dort kaum, nur Prostitution in ihrer brutalsten, derbsten Form und gewalttätige, schwerkriminelle Zubehälter..."

Wir mieden also den Kietz und suchten ein gutbürgerliches Vergnügungsort auf, in dem, wie mein Freund mit verhies, der rheinische Volkscharakter sich besonders eindrucksvoll Geltung verschafft. Der Weg nach dem Lokal führte durch einen länglichen Vorraum, der mit Wandmalereien ausgeschmückt war, die ein Text erläuterte. Der Rhein und der Wein werden hier wohl in Wort und Bild gepriesen, dachte ich mir. Indessen... indessen: welche Worte musste ich lesen, welche Bilde sehen! Ich bin gewiss nicht aus Marzipan und lasse, wenn es sein muss, auch die Wirtinnenverse gelten. Einzuwenden bleibt nur, dass der Zeitpunkt für die Darstellung von sexuellen und fäkalischen Spässen immer eine Geschmacksfrage bleiben wird, die mit der öffentlichen Plakatierung solcher Dinge bestimmt am schlechtesten gelöst ist. Hier aber stiess sich niemand an illustrierte Sentenzen wie die, dass "eene vulle Fru een Engel im Bett ist", oder dass "eene Kuh mehr driest als tausend Nichtigallen" und an viele andere, deren Wiedergabe mir sich lich gestrichen würde.

In dem Lokal selbst war stürmischer Betrieb. Es wurde fleissig gesungen und getrunken. Die Lebensfreude schäumte über, und das war recht so. Aber es kam mir, an die frivolen Berliner Verhältnisse Gewöhnten, doch einigermaßen befremdlich vor, dass der herz hafte Schlag auf das Gesäss der Kellnerinnen und der kräftige Kniff in ihre Dickbeine einen gar so unveräusserlichen Bestandteil kölnischer Daseinslust auszumachen schienen.

Am nächsten Morgen schlenderte ich durch die Stadt. Trotz der frühen Stunde begegnete ich nicht weniger als dreimal sinnlos Betrunkene, die buchstäblich in der Gosse lagen, und um die - offenbar, weil dieser Anblick etwas gar zu Alltägliches war - niemand sich kümmerte.

Ich teilte meinem Freunde meine Beobachtungen mit. "Ach", sagte er, "das ist rheinische Eigenart!"

Eigenart: das ist das Zauberwort! Man trachte allerorten, wo Revuen, Familienbäder und Sexualforschungsinstitute gedeihen, danach, diese dadurch ihrer Unmoral zu entkleiden, dass man sich eine Eigenart zulegt!

Hans Bauer.

## Wenn Könige Bilder kaufen.....<sup>x</sup>

---

SPD-- König Leopold von Belgien besuchte einmal eine Bildergalerie, in der jüngere Maler ihre besten Werke ausgestellt hatten. Unter anderem gefiel ihm ein Bild, eine Herbstlandschaft mit weidenden Schafen, besonders gut. In dem Bilde war viel Stimmung, es leuchtete und prangte, und der König fragte den anwesenden Maler, ob er ihm das Bild verkaufen wolle. Natürlich bejahte das arme Teufel von Maler, und der König wollte, dass er den Preis festsetze,

"Majestät verzeihen, ich weiss wirklich nicht, welchen Betrag ich nennen soll; vielleicht machen Majestät selbst einen Vorschlag?"

Einer der den König begleitenden Höflinge machte spasseshalber den Vorschlag, die Schafe nach ihrem Fleischwerte zu bezahlen!

Der Vorschlag gefiel; für ein Schaf zahlte man damals 50 Franken.

Der König betrachtete das Bild mit Wohlgefallen und rechnete in Gedanken aus: es sind vielleicht fünfzehn Schafe; das macht 750 Franken, das kann man schon anlegen.

"Gut, junger Freund, ich kaufe Ihnen das Bild zu diesem Preise ab!" sagte der König und reichte dem Maler die Hand.-

Nach Beendigung der Ausstellung schickte der junge Maler das Bild dem König zu. Der König zählte die Tiere - es waren vierzehn - und liess dem Künstler 700 Franken auszahlen. Der Maler aber schüttelte den Kopf: "Majestät sind im Irrtum; bitte, sehen Majestät doch die Schafe im Hintergrund; es ist ja eine grosse Herde -"

"Was, die kleinen Pünktchen, das sollen auch Schafe sein? Ich hielt das für Staub."

"Nein, Majestät, das sind Schafe, etwas vierhundert Stück!"

Der König war baff. "Ihr Ehrenwort, dass das Schafe sind!"

"Gewiss, Majestät, ich gebe Ihnen mein Ehrenwort!"

So wurden dem jungen Maler vom belgischen König zwanzigtausend Franken für sein Bild gezahlt.

g.S.

---

SPD. Das Zodiakallicht.<sup>x</sup> In den kommenden Monaten haben Sternfreunde Gelegenheit, das Zodiakal- oder Tierkreislicht am Abendhimmel zu beobachten. Um regelmässige, auch der Wissenschaft dienliche Beobachtungen machen zu können, ist in Anbetracht der ausserordentlich zarten Lichterscheinung ein klarer und durch keine künstlichen Lichtquellen erhellter Horizont notwendig. Das Tierkreislicht, das als kegelförmiger, in der Richtung des Tierkreises liegender Lichtschimmer am Himmel erscheint, ist auch heute noch für die Wissenschaft ein grosses Fragezeichen. Viele Forscher vertreten die Auffassung, dass es wahrscheinlich dadurch entsteht, dass ein Ring von kosmischem Staub die Erde, oder auch die Sonne bis über die Erdbahn hinaus, umgibt. In den Tropen ist das Zodiakallicht zeitweise heller als die Milchstrasse zu sehen. In neuerster Zeit ist die Vermutung aufgetaucht, dass gewisse Helligkeitsschwankungen des Tierkreislichtes mit Nordlichtern und Sonnenfleckenmaxima im Zusammenhange stehen. Lieberastronomen und Naturfreunde haben hier Gelegenheit, durch sorgfältige Aufzeichnungen sowohl zur Klärung der Helligkeitsschwankungen wie zur Lösung des Problems der Entstehung des rätselhaften Lichtscheines überhaupt beitragen zu können.

---

## Der Leuchtturm.

Roman von Paul Reboux.

Deutsche Rechte: Rembrandt-Verlag, Berlin-Zehlendorf.

3)

SPD. Ein ständiges Feuer, das von Zeit zu Zeit ausgefüllt würde, gäbe keine genügende Sicherheit wegen der Schwierigkeiten während des Winters und während der Flut. Eine Konstruktion aus Metall verlangt tiefe und breite Löcher. Daran also kann nicht gedacht werden. Ausserdem würde das Meer diese Arbeiten rasch zerstören... gegen einen gemauerten Turm jedoch sehe ich keine Einwendungen."

"Zu welchem Ergebnis kommen Sie also?"

"Dass man den Bericht mit einer Zustimmung abschliessen kann."

"Ganz meine Ansicht", fügte Herr von Croixdalle hinzu, "und sie entspricht auch dem Wunsche der öffentlichen Meinung. Ich persönlich gestehe, dass ich keineswegs unzufrieden wäre, wenn ich endlich den Angriffen in der Presse begegnen könnte, denen die Veranstaltung seit der Katastrophe des Hamburger Dampfers, der hier mit Mann und Maus untergegangen ist, beständig ausgesetzt ist. Man macht uns dafür verantwortlich. Eine sehr unangenehme Geschichte... das kann uns im Ministerium schaden."

Fouché hielt ein Lächeln zurück.

"Die Sache ist also im Prinzip entschieden", fuhr der Chefingenieur fort. "Der Generalinspektor und die Leuchtturmkommission sind für die Pläne sehr eingenommen. Sie können, während wir auf die Zustimmung des Ministeriums warten bereits ihre Dispositionen treffen. Seien wir voller Zuversicht. Ähnliche Unternehmungen sind bereits von Erfolg gekrönt gewesen. Mit ihren Fähigkeiten, Fouché, und mit ihrer Erfahrung und ihrem Pflichteifer, Kerroz, werden wir zweifellos zum Ziel gelangen."

## II.

Die Arbeiten begannen im Mai 1867.

Jeder Bau, dessen Grundmauern unter Wasser liegen, hat etwas Ueberraschendes. Man kann sich nicht vorstellen, dass man auf einem Boden, der ständig von Wasser umspült und zersetzt wird, Maurerarbeiten ausführen kann.

Obwohl der ausgewählte Platz oben frei lag, gingen die Vorbereitungsarbeiten nur langsam vonstatten.

Das darf nicht wundernehmen. Der Leuchtturm von Armen, in der Nähe von Sein, kostete einige Jahre später ebenso viel Geld und Mühe wie der Leuchtturm auf dem Teufelsfelsen. Wenn man die Berichte der Ingenieure, die Aufstellungen und Protokolle miteinander vergleicht, so findet man, dass sie mit geringen Abweichungen identisch sind.

Während des ersten Jahres, das heisst von Mai bis September, legten Fischerboote aus Le Conquet, Quessant und Molène, die mit ihren Mannschaften gechartert waren, die Fahrt zweiundzwanzigmal zurück. Neunmal nur konnte man landen, weil entweder die Strömung die Ankunft bis zum Eintreten der Flut verzögerte oder eine plötzliche Bö die kleine Flottille abgetrieben hatte.

Aus diesen Schiffen sprangen Männer mit grossen Stahlbohrern und Keilen, die denen der Steinklopfer glichen. Sie trugen jeder einen Rettungsgürtel, glitten auf dem weichen und glatten Felsen vorwärts und begannen die Löcher zu bohren, in denen die Verspannung und die Stützen für die Metallkonstruktion verankert werden sollten.

Aber das "Tack=Tack" wurde oft genug von einem rauschenden "Pluff" unterbrochen... eine Welle überflutete alles. Kamen dann die Klippen unter den zurückströmenden Fluten wieder zum Vorschein, so sah man, wie die unglücklichen.

aneinander geklammert, sich in eine Höhlung gedrückt oder sich an einen Vorsprung gebunden hatten.

Bisweilen fehlte einer von ihnen. Seine Kamraden stiessen einen Warnungsschrei aus, und während das "Tack-Tack" von neuem begann, wurde ein Boot flottgemacht, um den Losgerissenen aufzunehmen, mit dem die Wellen wie mit einem Korken spielten. Ein einziges Ereignis kennzeichnet diesen ersten Felzzug. Ein Fischer, der sich den Korkgürtel zu tief angelegt hatte, wurde von einer Welle mitgerissen, umgekippt und schwamm mit den Füßen in der Luft davon. Von weiter konnte man das verzweifelte Strampeln der Beine sehen, dann wurden sie unbeweglich. Als ein Boot nach langwierigen Bemühungen den von der Strömung mehr als sechshundert Meter weit entführten, bedauernswerten Menschen aufnehmen konnte, stellte man fest, dass Schädel und Gesicht des Unglücklichen, der gegen eine Untiefe geschleudert worden sein musste, nur noch eine blutige Masse bildeten.

Dieses Ereignis demoralisierte die Arbeiter, und die von Kerroz befürchtete Panik trat ein. Die Fischer gaben vor, sie wollten ihr Handwerk wieder aufnehmen. Die Leute aus Le Conquet und Quessant kamen an schönen Vormittagen nicht mehr an den Strand. Es war eine Art stillschweigenden Streiks. Die Streikenden berieten niemals untereinander. Sie schämten sich gleichsam ihrer Furcht.

Auf Fouchés Vorschlag begann Herr von Croixdalle mit einem Prämien- und Lohnerhöhungssystem. Jeder hatte für eine volle oder angebrochene Stunde das Recht auf fünf Franken, wozu weitere vier Franken Tageslohn kamen. Prämien von dreihundert, zweihundert und hundert Franken wurden für die Gruppen ausgesetzt, die zuerst die Vorbereitungsbohrungen beendet hätten. Erst dann wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Vor dem Juni 1868 war jede Landung unmöglich. Endlich erlaubte eine plötzliche und dauernde Beruhigung des Meeres mehrere Fahrten hintereinander. Im vorhergehenden Jahre waren fünfzehn etwa dreissig Zentimeter tiefe Löcher vollendet worden. An einer Stelle, die ungünstiger lag und kaum jemals wasserfrei wurde, war es gelungen, die doppelte Anzahl zu bohren.

Ungeheure Anstrengungen waren vorausgegangen. Den trotz des Sommers so kalte starren Fingern entglitten Hammer und Bohrer immer wieder. Mit unendlicher Mühe wurde mit Hilfe eines hin- und hergehenden Taues neues Material zugeführt, ohne dass die Arbeiter die Insel zu verlassen brauchten, die stärker überflutet war als ein Floss und gleichsam beständig Schiffbruch zu erleiden schien.

Trotzdem liess keiner den Mut sinken, und die tapferen Männer arbeiteten hartnäckig weiter gegen das schwarze Gestein, das unter ihren Schlägen gleich einem verröchelnden Ungeheuer knirschte und kreischte und aus all seinen schäumenden Mäulern triefenden Schaum spie.

Im nächsten Jahr begannen die Maurerarbeiten. Es war nicht leicht, unter unablässigen Sturzbächen von Wasser zu zementieren. Ein alter Pilot hielt inmitten der Arbeiter Wache. Jedesmal, wenn er "Achtung" schrie, legten sich alle flach über ihren kleinen Trog und warteten das Zurückfluten des Wassers ab. Bei dem Kommando "Vorwärts" richteten die Männer sich wieder auf. Schnell wurde die Kelle aus dem Gürtel gezogen. Man entnahm einem kleinen wasserdichten Säck etwas Zement und machte sich bis zum nächsten Alarm wieder an die Arbeit.

Dieser ohne Sand angerührte Zement diente zur Befestigung einer Bronze-stande in jedem Loch.

Nach diesem Angriff ragten sechzehn Masten auf dem Teufelsfelsen in die Luft. An ihnen brachten sich die Wellen, die immer wieder wie ein unversöhnlicher Gegner zum Angriff liefen.

(Fortsetzung folgt.)



# Deutscher Reichstag

130. Sitzung vom 24. Februar 1930.

SPD. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der Gesetzentwürfe, durch die die Geltungsdauer des Mieterschutz- und des Reichsmietengesetzes bis zum 30. Juni 1932 verlängert werden soll. In Verbindung damit stehen zur Beratung der von der Deutschen Volkspartei eingebrachte Gesetzentwurf zur Neuregelung des Mietwesens, Anträge der Kommunisten und der Wirtschaftspartei auf Aufhebung der Hauszinssteuer, ein Antrag der Wirtschaftspartei auf Aufstellung eines Reichs-Bauprogramms und ein sozialdemokratischer Antrag auf Ausdehnung der Volkszählung 1931 auf die Wohnungsverhältnisse.

Reichsarbeitsminister Wissell:

Wenn auch in einzelnen Teilen Deutschlands durch die Wohnbautätigkeit der letzten Jahre die Wohnungsnot gelindert worden ist, so ist doch von ihrer allgemeinen Beseitigung noch lange keine Rede. Nach der Wohnungszählung von 1927 waren rund 1 Million wohnungslose Familien vorhanden. Und zum Ende dieses Jahres dürfte diese Zahl immer noch 700 000 betragen. Rund 400 000 Familien leben in überfüllten Wohnungen. Zu allem dem kommt noch der jährliche Zuwachsbedarf von 225 bis 250 000 Wohnungen. Die Statistik hat festgestellt, dass 479 000 Wohnungen mit 3,2 Millionen Einwohnern überfüllt sind, d. h. dass auf einen Wohnraum einschliesslich Küche und Kammer mehr als 2 Personen kommen. Diese Statistik ist noch nicht vollständig, man kann ruhig die Zahl der überfüllten Wohnungen auf 750 000 schätzen, Besonders schwer betroffen sind die kinderreichen Familien. Es sind 280 000 Wohnungen solcher kinderreichen Familien mit 1 346 000 Einwohnern festgestellt worden. Nahezu die Hälfte dieser Familien sitzt in Kleinwohnungen von 1 bis 3 Räumen, wobei die Küche als Raum mit gerechnet ist. Ein sehr erheblicher Teil dieser überfüllten Kleinwohnungen wird durch Untervermietung noch mehr eingeschränkt. Das geschieht in jeder achten Familie, bei rund 13 %. - Nun behauptet man, die Wohnungsnot würde beseitigt sein, wenn nicht sehr viele Einzelpersonen eigene Wohnungen hätten. Aber es ist statistisch nachgewiesen, dass dies zum grossen Teil verwitwete oder geschiedene Frauen in höherem Lebensalter sind, und dass der gesamte Anteil solcher Einzelwohnungen von Einzelpersonen am gesamten Wohnungsbestand nur 2,3 % beträgt. Wie man da behaupten kann, dass durch Abschaffung dieses Zustandes die Wohnungsnot beseitigt würde, ist mir unerfindlich. (Sehr wahr!)

Eine Lockerung der noch bestehenden Zwangswirtschaft würde zu den schlimmsten Folgen führen. Bekämen die Vermieter das Recht, die Wohnungen zu kündigen und an beliebige Wohnungssuchende zu vermieten, würde die Zuweisung durch das Wohnungsamt wegfallen, so würde voraussichtlich eine so grosse Zahl von Kündigungen eintreten und es würden auch so viele Wohnungssuchende, deren Bedarf vom Wohnungsamt nicht als dringlich anerkannt worden ist, Wohnungen zu mieten suchen, dass die Nachfrage ausserordentlich verstärkt würde, der nur ein völlig ungenügendes Angebot gegenüberstünde, dass die Mieten sehr bedeutend hinaufschnellen und eine wesentliche Verteuerung der Wohnungen eintreten würde. Dies müsste jedoch zu wesentlichen Lohnsteigerungen und zu erheblichen Störungen im Kreislauf der Wirtschaft führen. Es müssten ferner die Klein- und Sozialrenten erhöht werden, ebenso die Erwerbslosenunterstützung. Reich, Länder und Gemeinden würden in noch grössere Schwierigkeiten geraten und schliesslich würde die Wohnungsnot erheblich verstärkt werden. Zahlreiche Familien wären dann gezwungen, grössere Wohnungen aufzugeben und kleinere zu suchen, wodurch der Bedarf an Kleinwohnungen rasch vergrössert würde. Gerade an Mittel- und Kleinwohnungen ist aber heute noch der grösste Mangel. Das Reichsmietengesetz muss also weiter bestehen bleiben. Die Verlängerung bis zum 30. Juni 1932 wird vorgeschlagen, weil auch bei stärkster Anspannung der Neubautätigkeit die Wohnungsnot bis dahin nicht beseitigt werden kann. Die Verhältnisse auf dem



Kapitalmarkt machen in diesem Jahr die Finanzierung von Wohnbauten ausserst schwierig. Daher ist kaum anzunehmen, dass die gleiche Anzahl Wohnungen wie in den vergangenen Jahren hergestellt werden kann. Soweit in einzelnen Teilen des Reiches eine Milderung der Wohnungsnot eintritt, sind die Landesbehörden berechtigt, das Wohnungsmangelgesetz ausser Kraft zu setzen. Das ist auch in mehreren Ländern für mittlere und Kleinstädte bereits geschehen. Die Entscheidung über die Möglichkeit muss den zur Beurteilung befähigten Landesregierungen überlassen bleiben. Aber zu einem allgemeinen Abbau oder zur Aufhebung der Wohnungsnot ist die Zeit noch nicht gekommen. (Beifall links)

Abg. Lipinski (Soz): Am 17. Dezember v. J. hat der Reichstag Richtlinien für den Wohnungsbau beschlossen. Das Material zu diesen Richtlinien ergibt, dass in den nächsten 10 Jahren mindestens  $4\frac{1}{2}$  Millionen Wohnungen gebaut werden müssen, um einigermaßen den Bedarf zu decken. Dabei ist noch nicht einmal berücksichtigt, dass auch ein Prozentsatz leerer Wohnungen vorhanden sein muss, um den Ausgleich zu ermöglichen. Der erwähnte Reichstagsbeschluss hat bereits festgestellt, dass der Mieterschutz verlängert werden muss. Eine Wiederholung der damaligen sehr eingehenden Ausschussberatung ist vollkommen überflüssig. Sollte sie beschlossen werden, so behalten auch wir uns die Stellung von Änderungsanträgen vor. Unser Antrag, dass ein Übergangsgesetz vorbereitet und eingebracht werden soll, ist im Ausschuss noch gar nicht beraten. Die hier gestellten Anträge der Wirtschafts- und der Deutschen Volkspartei sind bloss Wiederholungen und lassen die Mieter, die in zahlreichen Eingaben gegen diese Anträge protestieren, nicht zur Ruhe kommen. Die Anträge der Wirtschaftspartei sind bereits bei der Beratung der Richtlinien im Ausschuss gegen eine einzige Stimme abgelehnt worden. Die Anträge wollen die freie Wohnungswirtschaft nach einer knappen Übergangszeit wieder einführen. Der Minister hat bereits dargelegt, dass das unmöglich ist. Die Mieten will die Wirtschaftspartei ab 1. Oktober 1929, also rückwirkend, um alle Steuern und Abgaben der Hausbesitzer erhöhen. (Hört! hört! bei den Soz.) Das würde 180 bis 200 % Friedensmiete bedeuten. (Widerspruch der Wirtschaftspartei) Anders sind Ihre Anträge nicht zu verstehen. Eine Statistik des Reichsamtes ergibt, dass vielfach schon die Auflagen für "Schönheitsreparaturen" etc. bis zu 5,3 % des Arbeitereinkommens bedeuten, bei Beamten sogar noch mehr. Und da verlangen Sie noch Erhöhung der Mieten! (Zurufe der Wirtschaftspartei) Heute müssen schon 165 bis 170 % Friedensmiete bezahlt werden. Wenn Sie da noch mehr fordern, so ist das schlimmer, als aller Mietwucher vor dem Krieg. Im Nehmen sind Sie freilich gross! In der Sache noch raffinierter ist der Antrag der Deutschen Volkspartei, die natürlich der Konkurrenz um die Wähler begegnen will. Am 17. Dezember hat der Reichstag diese Forderungen schon abgelehnt. Wir beantragen, über die Vorlage über die Frage einer Ausschussberatung und über die Anträge namentlich abzustimmen, damit jedermann sieht, wie die einzelnen Abgeordneten stimmen. (Beifall) - Schliesslich begründet der Redner einen Antrag, die Wohnungsstatistik dahin zu erweitern, in welchem Masse der Haus- und Grundbesitz durch private Darlehen belastet ist. (Beifall der Soz.)

Abg. Schumann-Leipzig (Kom): Die Sozialdemokraten wollen den Mieterschutz beseitigen, wenn auch nicht in dem gleichen Tempo, wie die Hausbesitzerparteien. Die Lockerungsverordnungen der Preussischen Regierung sind bezeichnend dafür.

Abg. Dr. Steiniger (Dnatl): Verlängerung der Zwangswirtschaft ist nicht nötig. Die Begriffe des Wohnungselends und der Wohnungsnot werden vielfach falsch angewendet auf Erscheinungen der allgemeinen sozialen Not. Wir sind gar nicht berechtigt, eine Hauszinssteuer zu erheben von Leuten, deren Not oft grösser ist, als die derjenigen, für die das Steueraufkommen verwandt wird. Die Geltungsdauer der bestehenden Gesetze sollte jetzt nur um ein halbes Jahr verlängert werden.

Reichstag, Blatt 3.

Abg. Winnefeld (D.Vp.) verneint die Notwendigkeit einer Fortsetzung der Wohnungszwangswirtschaft in dem bisherigen Umfange. Die von der Deutschen Volkspartei beantragte Übergangsvorlage würde den Mietern den notwendigen Schutz gewähren und doch für die Hausbesitzer erträglich sein. Wohnungen über 80 qm und gewerbliche Räume sollten nach dem Antrag der Volkspartei von der Zwangswirtschaft frei bleiben. In der Vorlage wurden ferner Strafbestimmungen gegen Wohnungswucher gefordert. Die Volkspartei beantragte Überweisung ihrer Vorlage an den Wohnungs-Ausschuss.

Abg. Dr. Jörissen (Wirtschaftsp.) weist auf frühere Erklärungen aus dem Lager der Regierungsparteien hin, in denen der baldige Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und der Hauszinssteuer verlangt wurde. Die Regierung habe aus dieser Erkenntnis leider noch immer nicht die Konsequenzen gezogen. Der jetzige Zustand widerspreche jeder Gerechtigkeit. Das habe auch der frühere Reichsgerichtspräsident Dr. Simons anerkannt. Korruption und Bestechung würden unter der Zwangswirtschaft immer mehr Verbreitung finden. Die bisherigen Lockerungen der Wohnungszwangswirtschaft hätten sich durchaus bewährt. Das Wohnungselend sei nicht auszurotten, solange die Armut nicht beseitigt sei.

Um 5 3/4 Uhr wird die Weiterberatung auf Dienstag, 3 Uhr, vertagt. Auf der Tagesordnung stehen ausserdem die Handwerks-Novelle und das Gesetz über Bergmanns-Siedlungen.

---

# Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 24. Februar (Eig. Be-)

Der Preussische Landtag begann am Montag mit der zweiten Lesung des Etats des Innenministeriums, die diesmal in Abwesenheit des Innenministers stattfindet, da Grzesinski an Grippe erkrankt ist und zu Bett liegt. Gleichfalls zur Beratung steht ein Misstrauensvotum der Kommunisten gegen den Innenminister.

Abg. Schwenck (Komm.) begründet das Misstrauensvotum seiner Fraktion in längeren Ausführungen mit dem Verbot des Roten Frontkämpferbundes, den Polizeiaktionen gegen die Kommunisten am 1. Mai und in der Folgezeit. — Dann beginnt die Aussprache über den Etat und zwar zunächst ohne den Abschnitt Polizei und Landjügerei.

Staatssekretär Dr. Abegg.

Der den Innenminister vertritt, bedauert dessen Erkrankung, stellt jedoch in Aussicht, dass Minister Grzesinski nach zu erhoffender baldiger Genesung die beiden grossen Vorlagen über die Verwaltungsreform und die Neuorganisation von Gross-Berlin selbst einbringen und vertreten werde. — Die Ruhe und Sicherheit des Staates, deren Wahrung Aufgabe der Polizei ist, sei gewährleistet. Die hier und da sich zeigende Unruhe habe zweifellos in der wirtschaftlichen Not und in der politischen Verblendung ihre Ursachen. Das würde sich aber mit der Besserung der wirtschaftlichen Lage von selbst ändern. Sollten sich die radikalen Gruppen von rechts und links nicht selbst Beschränkung auferlegen, dann würden sie die staatlichen Machtmittel zu spüren bekommen. Die in der letzten Zeit sich steigenden Aktionen der Kommunisten seien ein Beweis ihrer Schwäche. Bei den Nationalsozialisten werde sich die Unfähigkeit, praktische Arbeit zu leisten sehr bald erweisen.

Der Staatssekretär tritt sodann der Legende entgegen, dass der Minister über vier Wohnungen verfüge. Er habe in Wirklichkeit nur eine Wohnung inne, und zwar sei das nicht die Ministerwohnung. Die von Rechtskreisen ausgestreute Verdächtigung sei deshalb völlig haltlos. Aber gerade dieser Vorfall sei der beste Beweis für die Richtigkeit eines Wortes, das von einem Rechtspolitiker stammt: dass man endlich aufhören solle, politisch Andersdenkende zu diffamieren. In der heutigen Zeit sei das Amt eines Ministers ein Opfer und kein Vorteil.

Abg. Kenkel (Dnt.) ist ebenfalls der Meinung, dass man politisch kämpfen könne, ohne andere persönlich herabzusetzen. Wenn seine Freunde sich öfter kritisch mit dem Innenminister beschäftigt hätten, so seien sie der Meinung gewesen, dass ein Minister seinen Beamten stets mit gutem Beispiel vorangehen solle. Die Wichtigkeit der Grenzhilfe für die Grenzgebiete habe der Minister zwar anerkannt, doch gehe die Regierung nicht mit dem nötigen Ernst an die Sache heran. In den letzten Jahren seien allein 21 000 Personen aus den Grenzgebieten ausgewandert, davon der grösste Teil im Alter von 15 — 30 Jahren. Diese Landflucht sei nicht, wie die Sozialdemokraten behaupten, mit schlechter Behandlung und niedrigen Löhnen zu erklären. Höhere Beamten hätten es in der Korridorfrage gegenüber Polen an der richtigen Einstellung fehlen lassen. Die Einstellung von Regierungsstellen zu Zeitungen und Rundfunkreden, die gegen die Kriegsschuldflüge arbeiten, verdiene schärfste Kritik. In der Personalpolitik sei der Minister parteipolitisch eingestellt, wie die Beiseiteschiebung des deutschnationalen Landrats Gottheiner, der Reichstagsabgeordneter ist, beweise. Für das Misstrauensvotum der Kommunisten werde seine Fraktion stimmen, ohne sich die Begründung zu eigen zu machen.

Abg. Bubert (Soz.):

Wir bedauern aufrichtig die Erkrankung des Ministers und hoffen auf seine baldige Wiederherstellung. Die Beschwerden des Vorredners über die Personal-

politik sind insofern unberechtigt, als insbesondere im Falle des deutschnationalen Landrats Gottheiner die Regierung ausserordentlich vorsichtig gewesen ist. Im alten Staat hat die Regierung allerdings anders auf die Disziplin der Beamten gehalten, wie es sich zum Beispiel an dem Vorgehen gegen die Kanalrebellien gezeigt hat. Der Vorwurf, dass aus politischen Gründen deutschnationale Beamte vernachlässigt oder schikaniert werden, kann schon deshalb nicht erhoben werden, weil wir in Preussen noch immer 80 Kreise mit einer Linksmehrheit haben, in denen rechtsstehende Leute Landräte sind. (Hört, hört! bei den Soz.) Wenn hier solche Einzelfälle vorgetragen werden, so ist das nichts weiter, als politische Beeinflussung, die sich im Lande auswirken soll. Dass eine Verwilderung der politischen Sitten eingetreten ist, beweisen die unzähligen Kleinen Anfragen, die in Beschwerden über republikanische Beamte bewusst private Angelegenheiten hervorzerren, die absolut nichts mit der Amtstätigkeit zu tun haben. Das geschieht, um der politischen Revolverpresse Gelegenheit zu geben, unter dem Schutz der Immunität solche Dinge sensationell auszuschlachten. Das sind die Methoden der politischen Brunnevergiftung. (Sehr wahr! bei der Soz.)

Ganz unberechtigt sind auch die Beschwerden der Kommunisten über die Beeinträchtigung der politischen Meinungsfreiheit. Wir halten das Verbot der radikalen Verbände von rechts und links für berechtigt, denn die politische Verhetzung hat in den letzten Jahren zu Mord und Totschlag geführt. (Zuruf von den Kommunisten: Denkt an die Maiopfer!) Diese Opfer sind durch die Gewissenlosigkeit der Kommunistengefallen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Entwicklung zu solchen Zuständen sind mit eine Folge der Aufhebung des Republikschutzgesetzes. Als dabei im Reichstags von Kommunisten und Nationalsozialisten der Ruf ertönte: Wir sind frei! war das die Stimme des politischen Rowdytums. Gegenüber solchen Elementen zieht die Arbeiterschaft einen dicken Trennungsstrich. Besser könnte die Rolle der KPD. nicht charakterisiert werden als durch die Berliner "Deutsche Allgemeine Zeitung", die von einer nützlichen Funktion der KPD. sprach, solange sie als Pfahl im Fleische der SPD. wirke. Damit ist die KPD. als Werkzeug der Reaktion von den Rechtsparteien, und zwar mit vollem Recht, anerkannt. Die intransigente Haltung der Kommunisten hat es verschuldet, dass jetzt in Sachsen, Thüringen und Mecklenburg-Schwerin die Reaktion im Sattel sitzt. Mit ähnlichen Experimenten, wie die Besetzung der Opel-Werke, haben auch seinerzeit die Kommunisten in Italien Mussolini in den Sattel geholfen. Dabei haben wir allerdings die eine Hoffnung, dass die KPD. der deutschen Arbeiterschaft nicht auf die Dauer gefährlich werden kann, solange sie von Scharlatanen geführt wird. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Nationalsozialisten, die zurzeit am besten durch Hugenberg gefördert werden, sind weder eine Arbeiterpartei - sie leben bekanntlich von den Subventionen der Grossindustrie - noch sind sie sozialistisch. Sie sind die Partei des Maulheldentums, die von Moral trieft, aber nach dem Urteil des Herrn von Mücke aus engster Zusammenarbeit heraus der korrupteste Sauladen ist, der existiert. Und wenn die Leitung des Stahlhelms offen zum Amtsmissbrauch, zur nationalen Revolution und zur Vorbereitung der Diktatur aufruft, sollte die Regierung das nicht unbeachtet lassen. In der Haltung des Ministeriums zu diesen Dingen sehen wir eine viel zu weit getriebene Duldsamkeit der Regierung. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Zum Schluss geht der Redner noch auf die Vorwürfe über angebliche Misswirtschaft in den Kommunen, insbesondere in Berlin ein. Man dürfe nicht vergessen, dass Berlin durch einen jährlichen Zuzug von 80 000 Ortsfremden vor grosse soziale Aufgaben gestellt wird. Die Notlage der Gemeinden sei nicht von ihnen selbst verschuldet, sondern eine Folge der gedrosselten Auslandskredite und der Verschlechterung der Erwerbslosenversicherung, die in erster Linie die Wohlfahrtsausgaben der Städte erhöhe. Notwendig sei für die Landgemeinden zur Linderung der Not die Ueberweisung von Ergänzungszuschüssen und im allgemeinen

eine Aenderung des Finanzausgleichs. Ersparnisse seien nur durch einen Umbau der Verwaltung von Reich und Staat zu erzielen. Deshalb begrüße die Sozialdemokratische Fraktion die für Preussen angekündigte Verwaltungsreform, die hoffentlich dazu beitragen werde, dass der freie Geist der Republik auch in die Amtsstuben der Behörden einzieht. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Feucker (Ztr.) hält es für merkwürdig, dass der Staat in wichtigen Stellen Beamten dulden soll, die gegen ihn arbeiten. Es sei bedauerlich, dass durch das Parallelsystem Reich - Preussen die Verwaltungsreform erschwert wird. Preussen müsse an eine fundamentale Aenderung des Grenzprogramms herangehen. Gegenüber dem politischen Rowdytum müsse der Staat mit aller Schärfe vorgehen.

Abg. von Eynern (DVP.) glaubt, dass im Lande nicht dieselbe Ruhe herrsche wie im Landtag bei der Etatsberatung. Das Verbot von Umzügen sei an sich gerechtfertigt, aber Ausnahmen seien keine polizeiliche, sondern eine politische Massnahme. Die Polizei solle Gefahren bekämpfen, aber keine Politik machen. Der Redner wendet sich sodann den Fragen der Kommunalreform zu. Bei dem jetzigen System der Kommunalwirtschaft habe man kein Vertrauen mehr zu den wirtschaftlichen Unternehmungen der Kommunen.

Hierauf wird die Beratung abgebrochen und auf Dienstag 12 Uhr vertagt.

---

Landtags=Stimmungsbild.

---

SPD. Berlin, den 24. Februar (Eig. Ber.)

Im Preussischen Landtag begann am Montag die zweite Lesung des Etats des Innenministeriums und zwar für den ersten Abschnitt ohne Besprechung der Polizei und Landjägerei. Gleichfalls zur Beratung steht ein Misstrauensvotum der Kommunisten gegen den Preussischen Innenminister wegen der Vorgänge am 1. Mai 1929 in Berlin, wegen des Verbots des Roten Frontkämpferbundes und der Polizeiaktionen gegen die Kommunisten. Dieses Misstrauensvotum begründete der Abg. Schwenk (Komm.)

Innenminister Grzesinski ist an einer Grippe erkrankt und liegt zu Bett, kann also den Etatberatungen nicht beiwohnen. Er wird durch Staatssekretär Abegg vertreten, der gleich zu Beginn der Verhandlungen dem Hause mitteilte, dass die beiden grossen Vorlagen über die staatliche und kommunale Verwaltungsreform und die Neuorganisation von Gross-Berlin der Minister selbst einbringen und vertreten werde. Im übrigen beschränkte er sich darauf, kurz und bündig festzustellen, dass die Sicherheit des Staates durch die Polizei gewährleistet sei. Eine Besserung der wirtschaftlichen Lage würde von selbst den hier und da sich zeigenden Unruhen entgegenwirken. Sollten sich die radikalen Gruppen von rechts und links nicht selbst Beschränkung auferlegen, so hätten sie es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie die staatlichen Machtmittel zu spüren bekommen. Die verleumderische Behauptung, dass Innenminister Grzesinski 4 Wohnungen habe, verwies der Staatssekretär in das Reich der Legende, in dem er feststellte, dass der Minister nur eine Wohnung inne hat, für die er Wohnungsgeld bezieht, weil er die Ministerdienstwohnung nicht benutzt.

Die Ausführungen des ersten Debatteredners, des Abg. Kenkel (Dnt.) waren als Oppositionsrede sehr matt. Einmal erkannte er an, dass der Minister die Wichtigkeit der Grenzhilfe eingesehen habe, dann aber beschuldigte er wieder die Regierung, dass sie nicht mit dem nötigen Ernst an diese Sache herangehe. Er bemängelte, dass höhere Staatsbeamte in Ostpreussen es in der Korridorfrage gegenüber Polen an der richtigen Einstellung fehlen lassen und die Regierung der Kriegsschuldfrage nicht mit der nötigen Energie entgegentrete. Die Beschwerden der Deutschnationalen über die Personalpolitik sind merklich zusammenge-

Landtag, Blatt 4.

schrumpft, wenn man bedenkt, dass Kenkel nur einen einzigen Fall zur Sprache brachte, in dem ein Deutschnationaler Landrat nach seiner Auffassung zu Unrecht auf Wartegeld gesetzt worden ist. Für das kommunistische Misstrauensvotum wolle die Deutschnationalen natürlich stimmen.

Dass die Deutschnationalen wirklich keine Ursache haben, sich über die Personalpolitik der Republik zu beschweren, zeigte gleich zu Beginn seiner Ausführungen der sozialdemokratische Abg. Bubert. Sind doch in Preussen heute noch in 80 Kreisen, die eine Linksmehrheit haben, Rechtsstehende als Landräte tätig. Das Vortragen von Einzelfällen soll ja auch schliesslich nichts weiter sein, als eine politische Beeinflussung, die sich im Lande auswirken soll. Nichts kennzeichnet z.B. die Verwilderung der politischen Sitten besser als die unzähligen kleinen Anfragen der extremen Rechtsopposition, die in Beschwerden über republikanische Beamte bewusst private Angelegenheiten hervorzerren, die absolut nichts mit der Amtstätigkeit zu tun haben. Man will damit der politischen Revolverpresse Gelegenheit geben, unter dem Schutz der Immunität solche Dinge sensationell auszuschlachten.

Gegenüber dem kommunistischen Misstrauensvotum erklärte der sozialdemokratische Redner, dass seine Fraktion die Verbote der rechts- und linksradikalen Verbände für durchaus berechtigt halte. Die skrupellose politische Verbetzung hat mit politischer Meinungsfreiheit nichts mehr zu tun. Gegenüber Elementen, die Aktionen, wie die Besetzung der Opel'schen Fabrik, laut als Triumpfe feiern, ziehe die Arbeiterschaft einen dicken Trennungsstrich. In Italien hat bekanntlich diese irrsinnige Politik Mussolini in den Sattel geholfen. Aber auch Nationalsozialisten und Stahlhelm seien der besonderen Aufmerksamkeit der Regierung zu empfehlen, die vielfach diesen Organisationen gegenüber eine zu weit getriebene Duldsamkeit zeige. Schliesslich begrüsst der Redner die in Aussicht gestellte Vorlage über die Verwaltungsreform, die hoffentlich mit dazu beitragen werde, dass auch in die Amtsstuben der Behörden der freie Geist der Republik einzieht.

Der Zentrumsredner Dr. Feucker hielt es für untragbar, dass die Regierung in wichtigen Stellungen Beamte dulde, die gegen den Staat arbeiten. Schliesslich hielt der volksparteiliche Abg. von Eynern eine Rede, in der er darlegte, wie seiner Auffassung nach die kommunale Verwaltungsreform aussehen müsste. Dabei schoss er mit seinen Vorwürfen gegen das jetzige System der kommunalen Selbstverwaltung weit über das Ziel hinaus.

Die Weiterberatung des Innenetats wurde hierauf auf Dienstag 12 Uhr vertagt.